Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt — **Burscheider Zeitung** — **für die Stadtgemeinde Burscheid**

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 173 — Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 — **Burscheid, Dienstag, 26. Juli 1932** — Postscheckkonto 28571 Köln, Fernsprech-Anschluß Nr. 431 — **72. Jahrgang**

Die Wahlfreiheit wird gesichert

Die Reichsregierung vor dem Ueberwachungsausschuß

Zu der Sitzung des Ueberwachungsausschusses des Reichstages, die am Montag um 14 Uhr begann, waren die Vertreter der Deutschnationalen Nationalsozialisten, der Deutschen Volkspartei und des Landvolks wieder nicht erschienen, ebenso nicht die der Wirtschaftspartei, dagegen nahm Abg. von Lindeiner-Wildau (kons.) an der Sitzung wieder teil. Die drei Vertreter der Reichsregierung, Reichskanzler von Papen, Reichswehrminister Schleicher und Reichsinnenminister von Gayl, deren Anwesenheit der Ausschuß gewünscht hatte, waren pünktlich zur Stelle. Mit ihnen erschien ein großer Stab von Ministerialbeamten, insbesondere die Sachreferenten der Ministerien für die einzelnen vom Ausschuß zu behandelnden Materien. Auch der Reichsrat war sehr zahlreich vertreten. Für das Reichstagspräsidium wohnte Vizepräsident von Kardorff der Sitzung bei.

Auf der Tagesordnung standen zunächst

die Anträge zu den Notverordnungen vom 20. Juli 1932

über die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen und über den Ausnahmezustand. Der Zentrumsantrag verlangt die Aufhebung beider Notverordnungen. Der Antrag der Kommunisten fordert die Zurückziehung des Reichskommissars für Preußen und der kommissarischen preußischen Regierung, die Aufhebung des Belagerungszustandes, des Demonstrationsverbotes, der Besetzung der kommunistischen City-Druckerei in Berlin, des Verbots kommunistischer Zeitungen, Versammlungen, Plakate und Flugblätter. Der sozialdemokratische Antrag schließlich verlangt die Außerkraftsetzung der beiden Notverordnungen vom 20. Juli, stimmt also inhaltlich mit dem Zentrumsantrag überein.

Zunächst begründete Abg. **Dr. Breitscheid (Soz.)** die Anträge seiner Partei. Er vertrat die Rechtsauffassung, daß die Reichsregierung nach Art. 48 verpflichtet gewesen sei, dem Reichstag von den gegen Preußen gerichteten Maßnahmen Kenntnis zu geben. Auf eine amtliche Erklärung der Reichsregierung für das Eingreifen in Preußen warte man bis heute noch. Die Voraussetzung für das Einschreiten, nämlich die Pflichtverletzung der Landesregierung, sei nicht gegeben. Ganz abwegig sei aber, der früheren preußischen Regierung eine Verbundenheit mit den Kommunisten zu unterstellen.

Abg. **Dr. Wegmann (Zentr.)** vertrat den Standpunkt, daß der Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung nicht das Recht habe, mit sofortiger Wirkung die Aufhebung der Notverordnungen zu verlangen. Daher könnten die vorliegenden Zentrumsanträge nur den Sinn haben, aus rechtlichen und politischen Gründen das Verlangen an die Reichsregierung zu stellen, die Notverordnungen auf dem ihr möglichen Wege sofort außer Kraft zu setzen. Die notwendige Voraussetzung der Preußenaktion, daß die preußische Regierung sich einer Pflichtverletzung schuldig gemacht habe, sei bisher von der Regierung noch nicht mit Material belegt worden. Wenn tatsächlich nachgewiesen werden könne, daß hohe Funktionäre der preußischen Staatsregierung mit den Kommunisten in Verbindung standen hätten, um politische Komplotte zu schmieden, dann wäre das Zentrum die erste Partei, die eine sofortige Abberufung solcher Leute verlange. Der Redner bedauerte sodann, daß durch die militärischen Zwangsmaßnahmen und die durch Militärpersonen vorgenommenen Verhaftungen das Ansehen der Reichswehr gelitten habe. Bezüglich der Aufhebung des SA.-Verbotes erklärte der Redner, daß diese Maßnahme verheerend für die öffentliche Ruhe und Sicherheit gewirkt habe, und daß die Reichsregierung den Mut haben möge, ihren Irrtum einzusehen und die Maßnahmen rückgängig zu machen.

Abg. **Ulbricht (Komm.)** polemisierte gegen die Sozialdemokraten, die sich seiner Ansicht nach als Diener der Papenregierung erwiesen, indem sie den gewaltsamen Kampf der Arbeiterschaft und den Generalstreik gegen die Reichsregierung verhinderten.

Abg. **Dr. Pfleger** (Bayer. Vp.) vertrat den Standpunkt, daß über die Rechtmäßigkeit der Notverordnungen lediglich gerichtliche Instanzen entscheiden könnten. Der Ausschuß habe lediglich die Legitimation, an die Reichsregierung das Verlangen zu stellen, die Verordnungen aufzuheben.

Nachdem **Reichskanzler von Papen** auf verschiedene Bemerkungen der Vorredner kurz geantwortet hatte, erklärte

Reichsminister des Innern Freiherr von Gayl:

Der „Ausschuß für die Wahrung der Rechte der Volksvertretung" ist weder ein Organ des aufgelösten Reichstages, noch ein Organ des künftigen Reichstages, sondern ein selbständiges, von der Verfassung eingesetztes Zwischenorgan zwischen zwei Wahlperioden. Er tritt tatsächlich als eine Art Ersatzreichstag an die Stelle des aufgelösten Reichstages. Er ist nach Art. 35 der Reichsverfassung zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung berufen, nicht etwa zur „Wahrnehmung" dieser Rechte. Seine Hauptaufgabe ist also die Abwehr etwaiger Eingriffe der Reichsregierung in die Rechte der Volksvertretung. In Erfüllung dieser Aufgabe kann der Ausschuß Beschlüsse des künftigen Reichstages vorberaten und vorbereiten, Feststellungen treffen und Erklärungen abgeben. Ein Anteil an der vollziehenden Gewalt steht ihm nicht zu, ebenso wenig etwa eine Aufsicht über die Reichsregierung. Letztere ist ihm nicht verantwortlich. Maßnahmen des Reichspräsidenten nach Art. 48 der Reichsverfassung, von denen der Reichspräsident dem Reichstage unverzüglich Kenntnis zu geben hat, werden dem Zwischenausschuß nicht zur Kenntnis gebracht. Der Zwischenausschuß hat auch nicht das Recht, die Außerkraftsetzung von Maßnahmen des Reichspräsidenten oder von Maßnahmen der Landesregierung zu verlangen. Dies alles ist langjährige Staatspraxis und von der Staatsrechtswissenschaft grundsätzlich anerkannt. Die Reichsregierung steht mit dieser Stellungnahme grundsätzlich auf demselben Boden wie die früheren Reichsregierungen.

Die Wahlfreiheit wird gesichert

Auf Anfragen des Abg. **Wegmann (Zentr.)** erklärte

Reichskanzler von Papen, die Reichsregierung werde die Wahlfreiheit für den 31. Juli in jeder Richtung sichern.

Abg. **Ersing (Zentr.)** bedauerte, daß die Reichsregierung eine sachliche Beratung hier ablehne. Weite Kreise des friedliebenden deutschen Volkes hätten erwartet, von dem Reichskanzler zu hören, welche Maßnahmen er ergreifen wolle, um die Bürgerkriegsmethoden der Rechten und der Linken zu verhindern. Werde die Reichswehr auch gegen die Nationalsozialisten vorgehen, wenn die Nationalsozialisten, wie sie es immer andeuten, sich eines Tages mit Gewalt in den Besitz der Macht zu setzen versuchen wollten? **(Reichswehrminister von Schleicher** ruft: Selbstverständlich!) Es sei ein ganz unmöglicher Zustand, daß auf Grund unkontrollierbarer Zeitungsmeldungen Männer verhaftet und Parteihäuser besetzt würden.

Reichskanzler von Papen

wiederholte, daß die Reichsregierung jede Ausschreitung, gleichgültig von welcher Seite sie komme, verurteile. Im übrigen sei es Sache der Länderregierungen, Ausschreitungen zu verhindern. Die Reichsregierung habe jedenfalls alle Anordnungen getroffen, um die Wahlfreiheit nach jeder Richtung hin zu sichern.

Abg. **Hoegner (Soz.)** führte gegenüber der Erklärung des Reichsinnenministers aus: Der Ausschuß habe wohl das Recht, von der Reichsregierung die Aufhebung der auf Grund von Art. 48 erlassenen Notverordnungen zu verlangen.

Abg. **Wegmann** (Zentr.) legte gegen die Auffassung der Reichsregierung über die Rechte des Ausschusses Protest ein.

Reichswehrminister von Schleicher

brachte sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß die Reichswehr in die Ereignisse der letzten Tage hineingezogen werden mußte. Besonders General von Rundstedt bedauerte dies. Wenn aber einmal derartige Maßnahmen notwendig gewesen seien, dann seien unter Umständen scharfe Maßnahmen nicht zu vermeiden. Bei Zeitungsverboten sei General von Rundstedt stets besonders zurückhaltend. Bezüglich der Schutzhaftfälle werde das Material der zuständigen gerichtlichen Stelle überwiesen werden und damit dem Bereich der Militärgewalt entzogen.

Mit aller Deutlichkeit erklärte der Reichswehrminister, daß es die Wehrmacht niemals zulassen werde, mit irgend jemand, wer auch immer es sei, die ihr zugewiesenen verfassungsmäßigen Rechte zu teilen, und gegen diejenigen vorgehen werde, die sich ähnliche Funktionen anmaßen sollten.

Vor der Abstimmung erklärte Abg. **Dr. Wegmann (Zentr.)**, daß sich er und seine Freunde bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag der Stimme enthalten werden, da die Frage der Zuständigkeit des Ausschusses über die Wirkung dieses Antrages umstritten sei.

Abstimmungen

Darauf wurde bei Stimmenthaltung des Zentrums einstimmig der sozialdemokratische Antrag angenommen, wonach der Ausschuß von der Reichsregierung verlangt, die Notverordnungen vom 20. Juli 1932 betreffend Einsetzung eines Reichskommissars für das Land Preußen sowie Verhängung des Ausnahmezustandes für Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg außer Kraft zu setzen.

Abg. von Lindeiner-Wildau (kons.) war bei dieser Abstimmung nicht mehr anwesend.

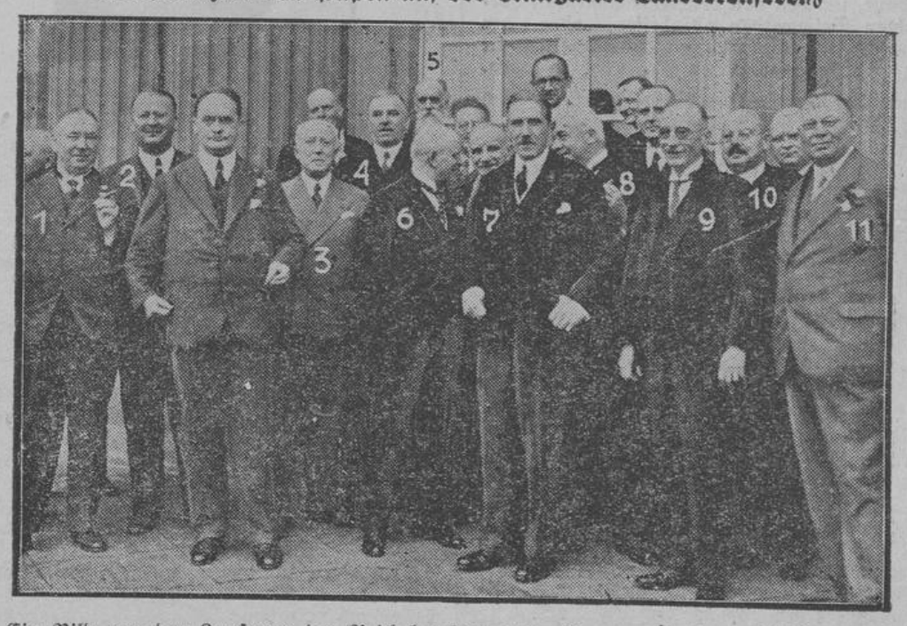
Der Zentrumsantrag, der die Aufhebung dieser beiden Notverordnungen verlangt, wurde gleichfalls einstimmig angenommen.

Bei Stimmenthaltung der Zentrumsabgeordneten wurde ferner ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach von der Reichsregierung verlangt wird, die Notverordnungen vom 28. Juni und 14. Juni 1932 gegen politische Ausschreitungen außer Kraft zu setzen.

Ein Zentrumsantrag, der die Aufhebung dieser beiden Notverordnungen verlangt, wurde ebenfalls, und zwar einstimmig, angenommen.

Auch ein Antrag des Abg. Dr. Pfleger (Bayer. Vpt.) fand Annahme, wonach von der Reichsre-

Reichskanzler von Papen auf der Stuttgarter Länderkonferenz



Ein Bild von der Konferenz des Reichskanzlers von Papen mit den Ministerpräsidenten der deutschen Länder in Stuttgart, auf der die Reichsregierung zum Ausnahmezustand in Preußen und zu aktuellen politischen Tagesfragen Erklärungen abgab: Nr. 1: Staatsminister Baum-Thüringen — 2: Dr. Küchenthal, Vorsitzender des Braunschweigischen Staatsministeriums — zwischen 2 und 3: Adelung, der hessische Staats- und Ministerpräsident — 3: Ministerpräsident Schied-Sachsen — 4: Minister Dr. Schmitt-Baden — 5: Pieper-Württemberg — 6: der bayerische Ministerpräsident Dr. Held — 7: Reichskanzler von Papen — 8: Minister Dr. Bazille-Württemberg — 9: Reichsinnenminister Freiherr von Gayl — 10: der württembergische Finanzminister Dr. Dehlinger — 11: Reichsarbeitsminister Schäffer.

Heute Aufhebung des Ausnahmezustandes

Nach einer Contineldung ist die Aufhebung des Ausnahmezustandes bestimmt für Dienstag zu erwarten. Es bestätigt sich, daß das Reichskabinett beschlossen hat, dem Reichspräsidenten einen entsprechenden Vorschlag zu machen.

Das Reichskabinett

ist Montag vormittag zu einer Sitzung zusammengetreten, in der neben der Berichterstattung des Reichsinnenministers über die Länderkonferenz und einer Besprechung der Tagung des Ueberwachungsausschusses des Reichstages auch die wirtschaftlichen Aufgaben der Reichsregierung auf der Tagesordnung standen.

Im Zusammenhang mit diesen Fragen wird von unterrichteter Seite betont, daß in dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung nichts von irgendwelchen Zwangsanleiheplänen enthalten ist. Im übrigen trifft es, so berichtet das Contibüro, auch nicht zu, daß der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht als Reichskommissar oder als Treuhänder der Reichsregierung für die Gelsenkirchener Bergwerks-Angelegenheit eingesetzt werden soll. Allerdings wird die Reichsregierung die ganzen in der letzten Zeit erfolgten Reichsbeteiligungen an den verschiedenen Betrieben in den Kreis ihrer Beratungen einbeziehen.

Beamte und NSDAP.

Der kommissarische preußische Minister des Innern hat nach einer Wolffmeldung dem preußischen Staatsministerium eine Vorlage gemacht, wonach der Beschluß des preußischen Staatsministeriums vom 25. Juni 1930 insoweit aufgehoben wird, als er die Teilnahme von Beamten an der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei verbietet.

Personalveränderung auch unter den preußischen Landräten?

Wie das Contibüro erfährt, beschäftigt sich der stellvertretende Reichskommissar für Preußen, Dr. Bracht, gegenwärtig mit der Frage, ob auch unter den preußischen Landräten unaufschiebbare Personalveränderungen vorgenommen werden müßten. Wenn in einem Berliner Vormittagsblatt davon die Rede sei, daß weitere Personalveränderungen in Preußen nicht in Frage kämen, so beziehe sich dies, wie von zuständiger Stelle betont werde, lediglich darauf, daß die erste Prüfung der Personalangelegenheiten der leitenden preußischen Verwaltungsbeamten, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten zunächst abgeschlossen sei.

Dr. Bracht hat, wie das genannte Büro weiter erfährt, die Aufhebung der Immunität des Landrates Hausmann beantragt, gegen den ein Verfahren wegen Beschimpfung der alten Armee eingeleitet werden soll. Landrat Hausmann war seinerzeit Mittelpunkt einer heftigen Auseinandersetzung der Oeffentlichkeit, in der ihm der Vorwurf gemacht wurde, daß er in einer öffentlichen Wahlrede herabwürdigende Aeußerungen über die alte Armee getan habe.

gierung die Außerkraftsetzung der Notverordnung gegen politische Ausschreitungen vom 28. Juni 1932 verlangt wird. Auch hier enthielten sich die Zentrumsvertreter der Stimme wegen des grundsätzlichen Standpunktes hinsichtlich der Zuständigkeit des Ausschusses.

Angenommen wurde ein kommunistischer Antrag, wonach alle durch Reichsregierung und Länderregierungen getroffenen Maßnahmen, durch die die Wahlfreiheit eingeschränkt oder sogar völlig beseitigt wird, mit sofortiger Wirkung aufzuheben sind.

Schließlich wurde ein weiterer kommunistischer Antrag angenommen, der besagt, daß die auf Anweisung des Generalkommandos Berlin erfolgte Besetzung der City-Druckerei sowie das Verbot der Hauswache im Karl-Liebknecht-Haus mit sofortiger Wirkung zurückzuziehen sind.

Einstimmig angenommen wurde auch ein Zentrumsantrag, der die Reichsregierung ersucht, angesichts der zunehmenden Verrohung und Verwilderung des politischen Kampfes die Wahlfreiheit für die am 31. Juli 1932 anstehende Reichstagswahl unbedingt und nach jeder Richtung zu sichern. Um das zu erreichen, wird die Reichsregierung insbesondere aufgefordert, sofort ein allgemeines Verbot für Parteiuniformen zu erlassen, evtl. für den Wahltag selbst und den Tag vor dem Wahltage.

Es folgte dann die Beratung der Anträge, die die Aufhebung der

wirtschaftlichen Notverordnungen

verlangten. Auf eine Anfrage erklärte **Reichskanzler von Papen,** daß die Reichsregierung selbstverständlich die vom Zentrum und der Bayerischen Volkspartei eingebrachten Anträge einer sorgfältigen Prüfung unterziehen und nach Durcharbeitung des gesamten Fragenkomplexes zu gegebener Zeit nähere Auskunft darüber geben werde.

Im Ueberwachungsausschuß

erklärte **der Reichskanzler** gegenüber einer Bemerkung des Abgeordneten Ersing (Zentr.), es bestehe keinerlei Anlaß, anzunehmen, daß die jetzige Reichsregierung dem nationalpolitisch so wichtigen und ausschlaggebenden Werk der Siedlung weniger Interesse als andere Regierungen entgegenbringe; im Gegenteil werde sie ihr ganzes Interesse darauf richten, es vorwärts zu treiben.

Die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten, die Notverordnung über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung außer Kraft zu setzen, wurden angenommen, ebenso ein Zentrumsantrag, **der die Reichsregierung ersucht, die in der Notverordnung enthaltenen schweren Härten und sozialen Ungerechtigkeiten sofort zu beseitigen und das von der Regierung Brüning fertig vorbereitete große Siedlungsprogramm unverzüglich durchzuführen.**

Die Erledigung der weiteren Tagesordnung wurde zurückgestellt.

Der Vorsitzende erklärte, daß mit der Tagung die Arbeiten des Ausschusses nicht beendet seien. Die Mitglieder müßten sich jeden Tag und jede Stunde bereit halten, telegraphisch zusammenberufen zu werden, da der Ausschuß gewissermaßen in Permanenz tage. Es ist allerdings unwahrscheinlich, daß der Ausschuß vor den Wahlen noch einmal zusammentritt.

Weitere Verwaltungsvereinfachung in Anhalt

Das Anhaltische Staatsministerium veröffentlicht die zweite Notverordnung, die zwecks durchgreifender Vereinfachung der Verwaltung die stark versplitterten örtlichen Dienststellen — Kreisdirektionen, Kreisärzte, Kreisschulaufsichten, Bau-Verwaltung — zu neuen Behörden zusammenfaßt, an deren Spitze ein Landrat steht.

Kleine politische Nachrichten

Das Karl Liebknecht Haus in Berlin vorübergehend polizeilich besetzt

Aus Berlin, 25. Juli, meldet das Contibüro: Das Karl Liebknecht Haus wurde heute nachmittig von der Polizei besetzt. Wie wir hierzu erfahren, handelt es sich um eine vorübergehende polizeiliche Maßnahme, da man versucht hatte, in die im Karl Liebknecht Haus liegenden, von der Polizei geschlossenen Räume der City-Druckerei, in der bekanntlich auch die kommunistische Zeitung „Rote Fahne" gedruckt wird, einzudringen. Sobald die Sicherung der von der Polizei geschlossenen Cityräume genügend gewährleistet ist, sollen die übrigen Räume des Gebäudes wieder freigegeben werden.

Austritt der italienischen Delegation aus der Interparlamentarischen Union

Aus Genf wird berichtet: Die italienische Gruppe der Interparlamentarischen Union hat ihren Austritt aus der Union erklärt. Zu Beginn der Montag-Sitzung gab der Präsident einen Brief der italienischen Gruppe bekannt, worin diese erklärt, daß sie ihren Austritt vollziehen müsse, da die Union ihr nicht die geforderten Genugtuungen geleistet habe.

Ein Opfer des fehlenden Fremdenverkehrs

Aus Bern wird berichtet: Die Banque de Montreux ist infolge der gegenwärtigen Lage des Fremdenverkehrs in Schwierigkeiten geraten und hat die Gewährung eines Moratoriums beantragt. Der Geschäftsbetrieb der Bank wird von der Staatsbank des Kantons Waadt übernommen und weitergeführt.

Wieder englisch-irische Verhandlungen

Londoner Blättern zufolge hat die Regierung des irischen Freistaates entgegen den Erwartungen bis Sonntag abend noch keine Erhebung von Einfuhrzöllen auf britische Waren angeordnet, obwohl das einschlägige Gesetz seit Sonnabend in Kraft ist. In Dublin sind Gerüchte in Umlauf, daß hinter den Kulissen Besprechungen wegen Wiedereröffnung der englisch-irischen Verhandlungen im Gange seien.

Der Staatsgerichtshof entschied

Ablehnung der Anträge auf einstweilige Verfügung

In der Streitsache zwischen dem Lande Preußen und dem Deutschen Reich verkündete am Montag um 13,10 Uhr der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich als Entscheidung, daß die Anträge auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung abgewiesen werden.

Aus der Begründung

Zur Begründung der Entscheidung des Staatsgerichtes führte der Vorsitzende u. a. aus:

Daß der Staatsgerichtshof grundsätzlich für sich die Befugnis in Anspruch nimmt, im Laufe eines Verfahrens vorläufige Anordnungen zu treffen, ist wiederholt ausgesprochen worden. An dieser Auffassung hält der Staatsgerichtshof fest. Ueber die Anträge auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung kann der Staatsgerichtshof aber nur dann entscheiden, wenn und insoweit er für die Streitigkeiten, um die es sich bei dem Verfahren in der Hauptsache handelt, zuständig ist. Diese Frage der Zuständigkeit für die Hauptsache ist von amtswegen zu prüfen. Weiter wird festgestellt, daß die antragsstellenden preußischen Staatsminister in dem gegenwärtigen Streit das Land Preußen zu vertreten berechtigt sind. Allerdings seien sie ihres Amtes oder wenigstens ihrer Amtsfunktionen enthoben. Diese Enthebung aber sei erfolgt in Durchführung der Verordnung vom 20. Juli 1932, deren Rechtsgültigkeit im vorliegenden Verfahren zu klären sei.

Der Staatsgerichtshof habe, heißt es weiter, in seiner bisherigen Rechtsprechung die Auffassung vertreten, daß eine von ihm zu erlassende einstweilige Verfügung die endgültige Entscheidung nicht vorwegnehmen darf, da sie insbesondere nicht auf der Grundlage ergehen kann, daß der Staatsgerichtshof sich den Rechtsstandpunkt des einen oder des anderen streitenden Teiles zu eigen macht. Das Ziel einer solchen vorübergehenden Regelung sei, ein möglichst vereinfachtes, reibungsloses, die Belange beider Teile schonendes Verhältnis ihrer wechselseitigen Beziehungen bis zur Endentscheidung herbeizuführen. Angesichts dieses Zweckes einer einstweiligen Verfügung erscheint es nicht angängig, die von Preußen begehrte Verfügung entsprechend dem in der mündlichen Verhandlung neu formulierten Antrage neu zu erlassen.

Prüfe man diesen Antrag zunächst in seinen Einzelheiten, so könne kein Zweifel darüber bestehen, daß er darauf hinausläuft, die Regierungsgewalt in Preußen solle vorläufig zwischen den Reichskommissaren und den bisherigen Ministern geteilt werden. Die mündliche Verhandlung habe erst recht keinen Zweifel darüber gelassen, daß eine Teilung der Regierungsgewalt zwischen dem Reichskommissar und den jetzt klagenden preußischen Ministern der Sinn des Antrages sei. Das gehe mit besonderer Klarheit aus der Ziffer 3 hervor, die die Vertretung Preußens im Reichsrat den jetzt klagenden Ministern belassen wissen will. Sie strebe also an, die Gewalt des Reichskommissars wesentlich zu beschränken. Ebenso habe Ziffer 4 des Antrages wohl den Sinn, daß Beamtenernennungen und absetzungen nicht nur dem Reichskommissar entzogen, sondern auch den früheren Ministern belassen bleiben sollen.

Eine Prüfung der Frage, ob die begehrte Regelung geeignet sei, die von den Antragstellern beklagten Reibungen und Schwierigkeiten zu verringern, müsse ergeben, daß dieser Erfolg nicht zu erwarten ist, vielmehr eine solche Scheidung der Staatsgewalt im besonderen Maße geeignet sei, Verwirrung im Staatsleben herbeizuführen. Auch der Vertreter der Reichsregierung habe darauf hingewiesen, daß eine solche Aufteilung der Staatsgewalt nach Auffassung der Reichsregierung eine unerträgliche Lage herbeiführen würde. Der Staatsgerichtshof hat sich dann aber, wie auch in früheren Fällen, die Frage vorgelegt, ob er seinerseits irgendeinen Weg erkennen könne, um den von den Antragsstellern vorgebrachten Beschwerden abzuhelfen, ohne der Entscheidung in der Hauptsache vorzugreifen. Er vermag jedoch einen solchen Weg nicht zu sehen.

Gegenüber den Anträgen des Zentrums und der SPD. habe sich das Gericht vor der recht schwierigen Frage gesehen, ob diese beiden Parteien aktiv legitimiert sind, als Antragssteller aufzutreten. Es habe zu dieser Frage keine Stellung genommen. Es will die Entscheidung hierüber der Entscheidung zur Hauptsache vorbehalten, denn dieser Antrag der Fraktionen läuft darauf hinaus, die Anordnungen der Verordnung vom 20. Juli in ihrem wesentlichen Teil zu lähmen. Der Reichskommissar soll sich nach dem Antrage jeder Tätigkeit enthalten. Einen so weit gefaßten Antrag im Wege der einstweiligen Verfügung anzunehmen, würde aber gleichbedeutend sein mit einer Entscheidung in der Hauptsache.

Gerade weil der Staatsgerichtshof sich außerstande gesehen hat, dem Verlangen einer vorläufigen Regelung zu entsprechen, legt er besonderes Gewicht darauf, daß das Verfahren in der Hauptsache mit möglichster Beschleunigung durchgeführt wird und vertraut darauf, daß das nötige Material ihm mit der Beschleunigung zugeleitet wird, die der Sachlage entspricht.

Der Staatsgerichtshof verkennt aber auch nicht, daß auch bei dem besten Willen aller eine Entscheidung in der Hauptsache eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen muß. Wie lange der Zeitraum zu bemessen ist, so fuhr Dr. Bumke fort, vermag ich nicht zu sagen. Ich muß aber auf die Möglichkeit hinweisen, daß sich die Notwendigkeit ergibt, bestrittene Behauptungen tatsächlicher Art nachzuprüfen, selbst Ermittlungen anzustellen und selbst Beweise zu erheben. Ich hebe das hervor, um vor dem Glauben zu warnen, daß die Entscheidung nur eine Frage von Tagen sein könne. Das verwehrt sowohl die Art der Sache wie auch die Geschäftsordnung des Staatsgerichtshofes, an die er gebunden ist.

Von den Antragsstellern war nur Ministerialdirektor Dr. Badt zugegen, vom Reiche niemand.

Stimmen zur Entscheidung

Zu der Entscheidung des Staatsgerichtshofes schreibt die Köln. Zeitung u. a. man könne den klugen Entschluß des Staatsgerichtshofes im Interesse der rechtlichen und politischen Klarheit nur begrüßen. Das Vorgefecht — denn als solches stelle sich der Versuch, eine Vorentscheidung zu erlangen, dar — sei von den ehemaligen preußischen Ministern verloren worden. Das Hauptgefecht werde erst nach den Reichstagswahlen, am 5. August, ausgetragen oder womöglich wegen mangelnder Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes überhaupt nicht geliefert werden.

Das Berliner Tageblatt spricht von einem unerträglichen Schwebezustand, der jetzt fortdauern werde, und bedauert, daß der Staatsgerichtshof die staatspolitische Notwendigkeit, eine einstweilige Regelung für die Zeit bis zur endgültigen Entscheidung zu treffen, nicht über die formalen Bedenken gegen den Erlaß einer einstweiligen Verfügung gestellt habe. Das Blatt beschäftigt sich im einzelnen mit der Haltung des Ministerialdirektors Gottheimer, der ein ausgezeichneter Anwalt des Reichs gewesen sei, und meint, darin, daß das Reich lediglich die Berechtigung einer einstweiligen Verfügung bestritten habe, ohne auf die Dinge materiell einzugehen, habe sich zugleich die Schwäche seiner Position gezeigt.

Die Vossische Zeitung bezweifelt, daß irgendjemand, dessen Verantwortlichkeitsgefühl nicht völlig durch parteipolitische Voreingenommenheit getrübt sei, über dieses Urteil große Freude empfinden könne. Denn das Staats- und Rechtsgefühl des gesamten Volkes müsse aufs schwerste leiden, wenn es sich zeige, daß der höchste, zur Wahrung der Verfassung eingesetzte Gerichtshof resignieren müsse, sobald eine entschlossen zugreifende politische Macht rücksichtslos vollendete Tatsachen schaffe.

Die Deutsche Tageszeitung führt demgegenüber aus, mag das Urteil ausfallen, wie es will, das eine muß jedenfalls festgestellt werden; die politische Seite der Vorgänge hat ihre Klärung bereits gefunden. Wenn hier und da immer noch Bedenken föderalistischer Art gegen die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen erhoben werden, so kann man sich gerade als überzeugter Föderalist nicht scharf genug gegen diese Vermengung von rein parteimäßigen Gesichtspunkten mit staatspolitischen Fragen wenden.

Bezwingung des Huascaran

Aus Huaraz (Peru) meldet das Wolffbüro: Der vom Deutschen und Oesterreichischen Alpenverein unter Leitung seines dritten Vorsitzenden, Reg.-Rat Dr. Philipp Borchers, im April d. J. in die Cordillera Blanca in Peru entsandten Expedition war dieser Tage ein bedeutender Erfolg beschieden. Die Bergsteigergruppe unter Führung von Erwin Schneider aus Hall in Tirol hat unter Teilnahme von Borchers, Haerlin-Stuttgart, Hein-Linz und Dr. Bernard-Hall in Tirol am 20. d. M. den Hauptgipfel der Kette, den 6750 Meter hohen Huascaran, erstiegen. Während der letzten 400 Meter ergaben sich besondere Schwierigkeiten: Eisbrüche und insbesondere eineinhalb Meter Bruchharsch. Sämtliche Teilnehmer befinden sich wohl.



Santos Dumont gestorben

In Rio de Janeiro ist Luftschiffer Santos Dumont gestorben.

Alberto Santos Dumont war am 25. Juli 1873 in Sao Paulo in Brasilien geboren, wo sein Vater eine Kaffeeplantage besaß. Er machte schon früh Versuche mit der Herstellung eines lenkbaren Luftballons und siedelte deshalb nach Paris über. Nach anfänglichen Mißerfolgen gelang ihm endlich der Bau eines 600 Kubikmeter fassenden Prallluftschiffes, mit dem er am 19. Oktober 1902 einen Flug um den Eiffelturm ausführte. Mit diesem Fluge gewann er den von Henry Deutsch ausgesetzten Preis von 10 000 Frank. Der brasilianische Kongreß ehrte ihn als Anerkennung für seine Verdienste um die Luftschiffahrt durch eine Belohnung von 5000 Pfund Sterling. Später wandte sich Santos Dumont mehr dem Bau von Flugzeugen zu. Obwohl hier seine Erfolge von anderen Erfindern weit übertroffen wurden, ist er doch einer der ersten gewesen, der einen einwandfreien Flug mit dem Flugzeug vollführte. Im Jahre 1906 gelang ihm der erste Luftsprung mit dem Flugzeug über 50 Meter und dann der erste Flug von 21 Sekunden über 200 Meter. Später ist er in der Oeffentlichkeit mit besonderen Flugleistungen nicht mehr hervorgetreten.

Forderungen der ostoberschlesischen Bergbauarbeiter

Aus Kattowitz, 25. Juli, wird berichtet: Ein Betriebsrätekongreß der Bergbauarbeiter, der von etwa 250 Delegierten beschickt war, forderte in einer Entschließung die Sozialisierung der zuletzt stillgelegten großen Bergwerke. Weiter nahm die Konferenz gegen die Haltung des Demobilmachungskommissars in Fragen von Arbeiterentlassungen und Betriebseinschränkungen Stellung. Der Kommissar hätte die Interessen der Arbeiterschaft nur oberflächlich vertreten. Ferner forderte die Konferenz, daß die Kommission, die nach Einreichung von Stillegungsanträgen die Bergwerke zur Prüfung berufen wird, auch von Vertretern des zuständigen Betriebsrates und der vereinigten Bergarbeitergewerkschaften beschickt werden soll.

Gorguloff vor Gericht



Aus Paris, 25. Juli, wird gemeldet: Der Prozeß gegen Gorguloff, den Mörder des Präsidenten der Republik, hat begonnen. Etwa 100 ausländische und französische Journalisten sind zum Prozeß erschienen.

Bevor der Präsident dazu übergeht, den Angeklagten über seine Tat zu befragen, ermahnt er das Publikum zur Ruhe. Das sei die einzige Art, dem großen Bürger, den Frankreich verloren habe, Paul Doumer, eine letzte Ehre zu erweisen.

Gorguloff

beginnt in unzusammenhängenden Sätzen über das Attentat und seine politische Auffassung zu sprechen. In Rostow am Don sei er unter dem Namen Koskoi Schauspieler gewesen, während er unter dem Pseudonym Paul Brede Bücher veröffentlicht habe. Niemals habe er Beziehungen zu den Bolschewisten unterhalten. Er habe mit Bayern Verbindung gesucht; er habe aber keine Politik getrieben. Er sei niemals Anhänger der Monarchie gewesen, denn der Monarch habe sein Vaterland verraten.

Der Vorsitzende erklärt, ein Kosak Lazarew habe in der Voruntersuchung ausgesagt, daß Gorguloff ein Agent der Tscheka gewesen sei, und daß er von Gorguloff, der damals den Namen Mongoll geführt habe, mißhandelt worden sei.

Gorguloff erklärt: „Das ist gelogen!" Lazarew sei ein Spitzel, ein Agent der Monarchisten. Er sei Idealist. Er wolle seine Seele nicht verkaufen. Aber Zeugen wie Lazarew seien eben Spitzel. Er fühle, daß sein Leben beendet sei. Er wolle auch nicht weiter leben.

Auf seine Flucht aus Rußland hingewiesen, erklärt der Angeklagte: „Jawohl, ich habe die Grenze während einer Nacht überschritten. Die Rotgardisten haben auf mich geschossen, mich aber nicht getroffen. Ich bin dann nach Warschau gegangen und habe dort mit russischen Demokraten verkehrt. Ich habe in Polen meine Studien fortgesetzt."

Vom Vorsitzenden wird dem Angeklagten u. a. vorgehalten, daß in Prag verschiedene Frauen Klagen gegen ihn eingeleitet hätten, weil er sie unter dem Vorwand, das Geld für eine Operation zu brauchen, um ihr Vermögen gebracht habe. Gorguloff ruft dazwischen: „Das ist ein monarchistisches Komplott. Alles ist gegen mich verschworen."

Als die Gründung von Gorguloffs „Grüner Partei" besprochen wurde, versuchte der Angeklagte, mit einem Manuskript in der Hand eine Rede an das Publikum zu halten, wird aber schon bei den Worten: „Höre mir zu, Frankreich" vom Vorsitzenden unterbrochen. Gorguloff erzählt dann, er habe die „Grüne Partei" mit 30 Anhängern gegründet, alle 30 aber habe er ausstoßen müssen, weil sie ihn sämtlich verraten hätten. Weiter berichtet er über sein Leben in Frankreich und seine vierte Ehe mit einer Schweizerin, die ihm 40 000 Frank Mitgift brachte. Einen Teil dieses Vermögens, 10 000 Frank, gibt er zu, im Kasino von Monte Carlo verspielt zu haben.

Die Vernehmung wurde noch nicht zu Ende geführt. Die Sitzung wurde vertagt.

Aus Paris wird gemeldet: Vor Beendigung seiner Vernehmung gab der Angeklagte Gorguloff eine längere Erklärung ab, in der er betonte, daß sein Attentat eine große Proklamation und ein Protest von 150 Millionen russischer Bauern sei, die man zu Zwangsarbeiten verurteilt habe. Es sei fürchterlich, daß die Welt die Sowjets handeln lasse. Er habe die Idee gehabt, ein Bündnis mit der französischen Republik gegen die Sowjets zustande zu bringen; aber Frankreich habe seine Idee verachtet.

Auf die Frage des Verteidigers, ob er denn eine Eingabe an die französische Regierung gemacht habe, antwortet Gorguloff: „Nein". Sein Mienenspiel zeigt, daß er überrascht ist, weil er nicht daran gedacht hat.

Die Abrüstungskomödie

Auch Henderson unzufrieden

In einem Interview hat der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, seiner Unzufriedenheit mit dem bisherigen Ergebnis der Abrüstungskonferenz und der Entschließung deutlichen Ausdruck verliehen.

Er erklärte: „Ich kann nicht behaupten, daß ich mit dem Ergebnis, das auf der Abrüstungskonferenz erzielt wurde, zufrieden bin. Allerdings wäre es falsch, zu behaupten, daß die von der Konferenz angenommene Entschließung überhaupt nichts Wertvolles enthielte. Der Teil, der sich mit der Luftabrüstung beschäftigt, ist in der Tat von größter Bedeutung. Wir sind berechtigt zu der Feststellung, daß die Konferenz einen entschiedenen Schritt in der Richtung auf eine drastische Luftabrüstung einschließlich der Verhinderung des Bombenabwurfes gemacht hat. Auf allen übrigen Gebieten ist die Entschließung aber ohne Frage völlig unbefriedigend. Die Hauptaussprache der letzten Tage offenbarte denn auch mit aller Deutlichkeit, daß nach allgemeiner Ansicht die Konferenz nach ihrem Wiederzusammentritt durchgreifender sich mit den ihr obliegenden Aufgaben befassen muß, als sie bislang imstande war.

Die Aussprache ließ klar erkennen, daß die Regierungen der Hauptmächte, die im Besitz der größten Rüstungen sind, viel mehr tun müssen als bisher, um dies allgemeine Gefühl in praktisch wirksame Entscheidungen umzusetzen. Geschieht dies nicht und ist die Konferenz nicht imstande, zu einer Einigung über einen endgültigen Vertrag zu kommen, so wäre das ein glatter Fehlschlag mit all den verhängnisvollen Folgen, die ein solcher Fehlschlag nach sich ziehen muß.

Wichtiger denn je bleibt für die öffentliche Meinung die Aufgabe, den Regierungen klarzumachen, daß die Völker zur Durchführung aller Maßnahmen bei der Abrüstung bereit sind, mögen sie auch noch so drastisch sein. Zu diesen Maßnahmen gehören die im Hoover-Plan vorgeschlagenen ebenso wie jene, durch die jene gerechtfertigt wird, auf die die Regierungen der besiegten Völker vertrauten, als sie den Versailler Vertrag unterzeichneten."

Englische Blätter haben wenig Hoffnung!

Zur Vertagung der Abrüstungskonferenz sagt **Daily Telegraph,** wenn man sich vor Augen halte, daß die Konferenz ein halbes Jahr lang an der Arbeit war, nachdem die Vorbereitende Kommission bereits sechs Jahre gebraucht hatte, um einen Abrüstungsplan aufzustellen, dann sei die Hoffnung nicht sehr groß, daß in den wenigen Monaten bis zum Wiederzusammentritt der Konferenz eine Lösung der so lange Zeit vergeblich untersuchten Probleme gefunden werden könnte. **Morning Post** schreibt: Bevor es zur Abrüstung kommt, muß erst einmal der Wille zum Abrüsten vorhanden sein. Die Genfer Konferenz zeigt aber deutlich, daß dieser Wille sehr wenig entwickelt ist.

Die Italiener nennen es „Bankerott"

Die Tagung der Abrüstungskonferenz wird in den maßgebenden oberitalienischen Blättern außerordentlich pessimistisch beurteilt. In einem Artikel des römischen Korrespondenten der Turiner **Stampa** wird unter der Ueberschrift „Bankerott" ausgeführt, die Schlußresolution sei tot, bevor sie überhaupt das Licht erblickt habe. Niemand könne mit den Verschleierungsversuchen über diese Fehlgeburt getäuscht werden. Auch die Frage, ob das Hauptkriterium einer tatsächlichen Herabsetzung der Rüstungen irgendwie einen Schritt vorwärts gekommen sei, könne nur mit Nein beantwortet werden. Dadurch, daß die Konferenz nichts Ernsthaftes getan habe, habe sie ihr eigenes Todesurteil ausgefertigt. Die Festsetzung eines Datums für die Wiedereröffnung der Konferenz in sechs Monaten erscheint dem Korrespondenten bei der heutigen politisch und wirtschaftlich unsicheren und raschlebigen Zeit geradezu widersinnig. Der Korrespondent glaubt zwar an der Taktik Deutschlands bei den Abrüstungsverhandlungen einige Kritik üben zu müssen, betont demgegenüber aber, es sei unausbleiblich gewesen, daß schließlich die „Substanz der deutschen These brutal in die Erscheinung treten mußte". Der römische Korrespondent des **Popolo d'Italia** sagt, die Schlußresolution sei ein Betrug am guten Glauben der Weltöffentlichkeit und ein schmähliches Bekenntnis schlechten Willens. Das Unvermögen, das aus dieser Schlußresolution spreche, gebe dieser geradezu den Charakter einer betrügerischen Bankerotterklärung. Aus diesen Gründen und aus keinem anderen habe Italien, das in den großen außenpolitischen Fragen, so auch in der Abrüstungsfrage, eine vollkommen geradlinige Politik eingehalten habe, der Schlußresolution seine Zustimmung versagen müssen.

„Vollständiger Mißerfolg" sagt de Brouquere in der Interparlamentarischen Union

Die Interparlamentarische Union nahm zu den bisherigen Ergebnissen der Abrüstungskonferenz Stellung. Es wurde eine Resolution vorgelegt, in der erklärt wird, daß die Ergebnisse des ersten Tagungsabschnittes weit davon entfernt sind, die Hoffnungen der Völker zu befriedigen. In der Aussprache übte der belgische Delegierte Senator de Brouquere, der Belgien auch auf der Abrüstungskonferenz vertreten hat, geradezu vernichtende Kritik an den Arbeiten des ersten Tagungsabschnittes der Konferenz. Er erklärte, die Resolution des Hauptausschusses vom 23. Juli stelle einen eklatanten und vollständigen Mißerfolg der Konferenz dar.

Der „glatte Mißerfolg"

der Abrüstungskonferenz festgestellt von der Interparlamentarischen Union

In der Sitzung der Interparlamentarischen Union nahm die deutsche Delegierte, **Frau Reichstagsabgeordnete Teusch,** in bemerkenswerten kritischen Ausführungen zu der Abrüstungs- und Sicherheitsfrage Stellung.

Die Entschließung des Hauptausschusses könne von dem deutschen Volke nicht als eine erste Etappe auf dem Wege zur allgemeinen Abrüstung angesehen werden. Zur Herbeiführung der Sicherheit sei nicht nur die allgemeine Abrüstung notwendig, sondern auch der Ausbau des Völkerbundspaktes im Sinne des Artikels 11 und unter Anwendung des Artikels 19, der von der Revision der unhaltbar gewordenen Verträge handelt. Die dauernde Diskriminierung auf dem für die Souveränität der Staaten und für ihre Sicherheit so entscheidenden Gebiete der Landesverteidigung sei für Deutschland untragbar. Frau Teusch beantragte, in die der Interparlamentarischen Union vorgelegte Entschließung zur Sicherheits- und Abrüstungsfrage einen Passus aufzunehmen, in dem ausdrücklich auf die Artikel 11 und 19 (Revision) des Völkerbundspaktes Bezug genommen wird.

Sehr eindrucksvoll legte Frau Teusch auch den deutschen Standpunkt zur Sanktionsfrage dar. Sie betonte, daß infolge der einseitigen Abrüstung eine Anwendung des Sanktionsverfahrens zwar gegen die abgerüsteten Staaten, nicht aber gegen die noch hochgerüsteten Staaten denkbar sei.

Bemerkenswert war in der weiteren Beratung die Feststellung des Vorsitzenden der französischen Gruppe, Senators **Merlin,** der ebenso wie der belgische Delegierte de Brouquere erklärte, daß die Abrüstungskonferenz bis jetzt einen alatten Mißerfolg darstelle.

Und Frankreich rüstet

Die Befestigung seiner Ostgrenze

Ueber die Befestigungen an der französischen Ostgrenze machte der Abgeordnete Lamoureux, wie dem „Temps" aus Moulins berichtet wird, sehr interessante und charakteristische Ausführungen.

Lamoureux, der Generalberichterstatter des Budgets im Finanzausschuß der Kammer ist, befindet sich zurzeit auf einer Besichtigungsreise durch die Befestigungswerke in der Gegend von Metz. Sein erster Eindruck, führte er u. a. aus, sei, daß die Befestigungen prachtvoll ausgeführt und ausgedacht seien. Frankreich habe mit dem Bau dieser Befestigungen eine in der Geschichte der Völker beispiellose Leistung vollbracht, deren einzigartige Bedeutung besonders bemerkenswert erscheine, wenn man die Schwierigkeiten bedenke, die sich der Ausführung entgegengestellt hätten.

Das Befestigungssystem an der Ostgrenze sei, so fügte er zur Beruhigung seiner auf die Sicherheit noch immer bedachten Landsleute hinzu, unüberwindlich. So stark, so mutig und so hartnäckig das deutsche Heer auch sein möge, es werde im gegebenen Falle an den Verteidigungswerken zerschellen. Auch die stärkste Artillerie könne ihnen nichts anhaben. Der Feuerwirkung der eigenen Artillerie könne kein Angreifer widerstehen, denn die Maschinengewehre und Kanonen seien ausgezeichnet eingespielt und das ganze System aufs stärkste ausgebaut. Frankreich sei durch diesen Festungsgürtel gegen einen Einfall, wie den des Jahres 1914, vollkommen gesichert. Nicht nur die natürliche Beschaffenheit, sondern auch so schloß Lamoureux seine Betrachtungen, der Zweck der Befestigungswerke dokumentiere eindeutig den Verteidigungswillen Frankreichs.

Lamoureux hält es also nicht nur interessanterweise für angebracht, auf den starken Aktivwert der ungeheuren Befestigungen hinzuweisen, sondern auch für geboten, den Wert dieser Befestigungen am Beispiel eines deutschen „Angriffs" zu demonstrieren. Lamoureux, der als Generalberichterstatter im Finanzausschuß eine politisch immerhin nicht unbedeutende Rolle spielt, täte gut daran, sich etwas mehr mit der deutschen Mentalität zu befassen, um sich von der Haltlosigkeit seiner Thesen zu überzeugen. Das hieße zwar für ihn, auf eine allzu bequeme Rechtfertigung der außerordentlichen Aufrüstung Frankreichs an der Ostgrenze verzichten. Aber er würde dann doch wenigstens der wahren Sachlage, nämlich dem unbedingt friedfertigen Geist Deutschlands, gerecht.

Aus Berlin, 25. Juli, schreibt das Contibüro: In hiesigen politischen Kreisen finden die Erklärungen des französischen Generalberichterstatters im Finanzausschuß der französischen Kammer, Lamoureux, starke Beachtung. Man fragt sich, angesichts der Darstellung Lamoureux' über die „prachtvoll ausgedachten und ausgeführten" Befestigungen an der französischen Ostgrenze, warum denn eigentlich Frankreich immer wieder erneut seine Sicherheitsforderung erhebt angesichts der Tatsache, daß es, wie aus den Ausführungen Lamoureux' doch ganz eindeutig hervorgeht, diese Sicherheit in ausgedehntestem Maße besitzt.

Tote — Verhaftungen — Waffensuche

In Jülich

stieß am Sonntagmorgen eine nationalsozialistische Klebekolonne mit einem Trupp Kommunisten zusammen. Hierbei wurde der SS.-Mann Waldmann, ein ehemaliger Lehrer, der bis jetzt in Aachen tätig war, erschossen. Der tödliche Schuß drang Waldmann unter dem rechten Auge in den Kopf. Er starb am Sonntagnachmittag. Von dem Täter, der bekannt sein soll, hat die Polizei noch keine Spur.

In Trier

wurden zwei mit Fahrrädern auf einer Streife befindliche Polizeibeamte in Zivil nachts von vier Männern, die sich hinter Bäumen versteckt hielten, mit Rufen: „Halt! Rot Front! Heil Moskau!" empfangen. Es kam zu einer Auseinandersetzung. Einer der Beamten, der mit einer Pistole bedroht wurde, streckte den Angreifer durch einen Kopfschuß nieder. Der Erschossene ist der Sohn eines ehemaligen kommunistischen Stadtverordneten.

In Leiferde

kam es zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Mitgliedern der Eisernen Front und Nationalsozialisten, in deren Verlauf einige Schüsse fielen. An der Schlägerei beteiligten sich etwa 200 Personen. Zehn bis zwölf Personen erlitten Verletzungen, vier, zwei Reichsbannerleute und zwei Nationalsozialisten, mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Waffenbeschlagnahme in Zwickau

Wegen Waffenvergehens wurde am Sonntag der Geschäftsführer des Reichsbanners in Zwickau festgenommen. Nach einer Mitteilung der Zwickauer Polizeidirektion hatte er mit einem Mitglied des Reichsbanners in Reichenbach im Vogtland am Samstag bei Tagesanbruch eine Autofahrt nach Thüringen unternommen. Beide hatten auf einem Kraftwagen zehn Pistolen und 500 Schuß Munition befördert; diese wurden beschlagnahmt. Gegen den Fahrtteilnehmer in Reichenbach ist bereits Haftbefehl erlassen worden.

Aus Augsburg

wird dem Wolffbüro gemeldet: Im Anschluß an eine nationalsozialistische Versammlung, in der Dr. Göbbels sprach, und die vollkommen in Ruhe auseinander ging, kam es abends bei der Abfahrt auswärtiger SA.-Teilnehmer in der Wertach-Vorstadt zu einem Zusammenstoß mit Reichsbannerleuten und Kommunisten. Die Schutzscheibe eines nationalsozialistischen Autos wurde plötzlich eingeworfen und dabei mehrere SA.-Leute verletzt. Es fiel hierauf ein Schuß von dem Lastauto, durch den ein Reichsbannermann leicht verletzt wurde. Schließlich entspann sich ein allgemeines Handgemenge, so daß die Polizei erst nach längerer Dauer die Ruhe und Ordnung wiederherstellen konnte. Bei der polizeilichen Untersuchung des Wagens wurden keine Waffen gefunden.

Schacht an Brüning

Dr. Schacht hat aus Lindow (Mark), 25. Juli, folgenden Brief an den früheren Reichskanzler Dr. Brüning gerichtet:

„Nach Zeitungsnachrichten vom 19. d. M., die Sie trotz meines Telegramms an Sie nicht berichtigt haben, haben Sie in einer Rede in Freiburg i. Br. geäußert, daß es

„dem Herrn Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in Paris und später gelungen sei, der deutschen Regierung und dem deutschen Volke wider seinen Willen den Youngplan aufzuzwingen."

Jeder Mann in Deutschland weiß, daß die deutsche Reichsregierung bereits fünf Wochen vor der Unterzeichnung einhellig (also einschließlich der Zentrumsminister) auf Annahme des Youngplanes gedrängt hat. Jeder Mann weiß, daß die Presse derjenigen Parteien, die Ihre zweijährige Kanzlerschaft gestützt haben, bereits seit Mitte der Pariser Verhandlungen mir in den Rücken gefallen ist. Jeder Mann weiß, daß ich gegen die Ratifizierung des Youngplanes durch das Haager Schlußprotokoll den schärfsten Kampf geführt und schließlich aus Protest mein Amt als Reichsbankpräsident niedergelegt habe. Sie haben sich also mit Ihren Freiburger Ausführungen der bewußten Unwahrheit schuldig gemacht.

Nach den gleichen Zeitungsnachrichten haben Sie unter Bezugnahme auf mich hinzugefügt,

„solche Persönlichkeiten täten besser, sie würden bescheiden aus der Oeffentlichkeit verschwinden."

Nach der Ratifizierung des Haager Protokolls und des Youngplanes durch Sie und Ihre Partei haben Sie zwei Jahre lang immer wieder versucht, mich zur öffentlichen Mitarbeit heranzuziehen. Sie haben mich während meiner amerikanischen Aufklärungsreise über den Youngplan telegraphisch Ihres Vertrauens versichert, Sie haben mich nach meiner Rückkehr wiederholt zu stundenlangen politischen Aussprachen gebeten, Sie haben mich im Juli 1931 als Berater im Reichskabinett hinzugezogen, Sie haben mich dringend gebeten, die unter Ihrer Politik entstandene Bankenkrise zu bereinigen, Sie haben mich noch Ende September um Uebernahme einer besonderen politischen Auslandsaufgabe gebeten und jetzt diese Aeußerung! Das ist selbst für einen Parteipolitiker allerhand, Herr Brüning!

gez. Dr. Hjalmar Schacht."

Das Fest der Sänger

Aus Frankfurt a. M. wird uns zu dem **Festzug zum 11. Deutschen Sängerbundfest** noch geschrieben: Es war ein unvergeßliches Erlebnis nicht nur für die Zugteilnehmer, sondern auch für die vielen Hunderttausende, die ihn als Zuschauer miterlebten. Sänger und Publikum verband ein gewaltiges Bekenntnis zum deutschen Lied und zur deutschen Einheit und Einigkeit. Unbeschreiblicher Jubel scholl namentlich den auslandsdeutschen Vereinen entgegen, die überaus stark im Festzug vertreten waren. Der Vorbeimarsch dauerte fünf Stunden, und als die letzten Gruppen das Endziel erreichten, war die Dämmerung bereits hereingebrochen.

Schon Stunden vor Beginn des Festzuges waren die Straßenzüge, die der Festzug passieren sollte, dicht besetzt. Aus dem ganzen Rhein- und Main-Gebiet waren Tausende und Abertausende seit den frühen Morgenstunden mit der Eisenbahn, Lastautos und vielfach auch zu Fuß herbeigeströmt. Man darf die Zahl der

Zuschauer auf eine halbe Million schätzen.

Der Festzug bestand aus acht Gruppen und wurde eröffnet durch einen historischen Teil, der die Entwickelung des deutschen Liedes unter Berücksichtigung des Chorgesanges zeigte.

Als Abschluß fand eine große

Kundgebung im Palmengarten

statt, die von der Ortsgruppe des Vereins für das Deutschtum im Ausland veranstaltet wurde.

Viele hundert Auslandsdeutsche

waren zu dieser Kundgebung erschienen, in erster Linie die Sänger aus Amerika, Polen, Danzig und in besonders großer Anzahl die Siebenbürger Sachsen. Auslandsdeutsche von Ruf hielten Ansprachen, in denen sie gelobten, treu für die deutsche Sache im Ausland sich einzusetzen. Admiral Seebohm, der stellvertretende Vorsitzende des Hauptvorstandes des VdA. hob in einer Ansprache die innere Verbundenheit der In- und Auslandsdeutschen hervor. Die Veranstaltung bildete einen würdigen Abschluß des in allen Teilen glänzend verlaufenen 11. Deutschen Sängerbundes-Festes.

Die deutschen Sänger am Deutschen Eck

Mit sechs Dampfern trafen am Montagnachmittag die Teilnehmer an dem 11. Deutschen Sängerfest in Koblenz ein, wo sie von einer vieltausendköpfigen Zuschauermenge begrüßt wurden. Am Deutschen Eck fand eine eindrucksvolle Kundgebung statt. Oberbürgermeister Rosendahl sagte in seiner Ansprache, man versammle sich zu einer Zeit, in der tiefe Wolken den politischen Himmel verdunkeln. Auf die Fahnen der Sänger habe man jedoch die Pflege des deutschen Liedes geschrieben und damit die Pflege des wohlverstandenen Deutschtums. Er glaube, in ihrem Sinne zu sprechen, wenn er sage, daß die Worte Max von Schenkendorfs „Nimmer wird das Reich zerstört, wenn ihr einig seid und treu" in dieser Feierstunde Herz und Sinn erhebe. Begeistert stimmte die Menge in das Hoch auf das Vaterland ein und sang das Deutschlandlied.

Der Höhepunkt des Deutschen Sängerfestes



war der Festzug durch die festlich geschmückten Straßen der schönen Mainstadt. Der malerische Fahnenwald zog in fünfstündigem Marsch einher und bildete einen eindrucksvollen Abschluß dieser gewaltigen Tagung der Sangesfreunde aus allen Teilen des deutschen Vaterlandes.

Jetzt ruht ein treues Mutterherz
Vom Erdenleiden aus,
Ihr Geist entschwang sich himmelwärts
Und ist bei Gott zu Haus.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute Morgen 4.30 Uhr unsere liebe gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Ww. Friedrich Wilh. Berger

Julie geb. Kremer

nach kurzem Leiden infolge Altersschwäche, im hohen Alter von 90 Jahren 6 Monaten, zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten:

Berta Bamberger geb. Berger
Louis Bamberger
Zeno Berger
Auguste Berger, geb. Lemmer
Anna Katerberg geb. Berger
Johann Katerberg
Klara von der Dellen, geb. Berger
Ernst von der Dellen
Robert Paas
nebst Enkel und Urenkel.

Heddinghofen, Opladen, Duisburg-Meiderich, Elberfeld, Pattscheid-Linde und Balken, den 24. Juli 1932.

Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, den 27. Juli, nachmittags 2.15 Uhr, vom Sterbehause in Heddinghofen aus.

Danksagung

Allen, welche unsern lieben Entschlafenen geehrt und uns so überaus herzliche Teilnahme erwiesen haben, besonders dem Burscheider Reiterverein und dem Brieftaubenzüchterverein „Sturmvogel", statten wir hierdurch unseren tiefgefühlten Dank ab.

Familie Funke
Familie Kattwinkel

Burscheid-Ölmühle und Benninghausen, im Juli 1932.

Bekanntmachung

Ich mache nochmals darauf aufmerksam, daß eine glatte und schnelle Abwicklung des Wahlgeschäftes am kommenden Sonntag nur dann gewährleistet ist, wenn jeder Wahlberechtigte im Besitz einer Wahlbenachrichtigungskarte ist. Verwandt werden die Karten der letzten Reichspräsidenten- und Landtagswahl. Wer nicht mehr im Besitz dieser Karte ist, tut gut, sich im Rathaus Zimmer 10, eine neue Karte ausstellen zu lassen.

Burscheid, den 25. Juli 1932.

Der Bürgermeister: Rohde.

Bekanntmachung

Für die am 31. 7. 32 stattfindende Wahl zum Reichstag sind für die Stadtgemeinde Burscheid folgende Wahlbezirke und Wahlräume bestimmt und folgende Wahlvorsteher und deren Stellvertreter ernannt worden:

Wahlbezirk 1 umfaßt folgende Straßen der Stadt: Altenberger-, Bismarck-, Bücheler-, Dammstraße, Gasweg, Geilenbacher-, Hauptstraße, Herbergsplatz, Luisen-, Mittel-, Pfarr-, Talstraße, Ufer, Viktoria- und Weierstraße.

Wahlvorsteher ist der Kaufmann Walter Peters, Bismarckstraße, sein Stellvertreter der Gewerbeoberlehrer Hans Zimmermann, Bismarckstraße.

Das Wahllokal befindet sich in der Schule in der Viktoriastraße.

Wahlbezirk 2 umfaßt von der Stadt die Bahnhof-, Berg- und Höhestraße, den Lindenweg, und die Ortschaften: Bellinghausen, Büchel, Claasmühle, Flügel, Geilenbach, Griesberg, Heddinghofen, Kämpchen, Kämerheide, Kretzheide, Lambertsmühle, Liesendahl, Linde, Löh, Luisenthal, Repinghofen, Rötzinghofen, Thielenmühle, Thielenölmühle und Unterrepinghofen.

Wahlvorsteher ist der Sparkassenoberbuchhalter Max Peters, Höhestraße, sein Stellvertreter der Müller und Bäcker Ernst Maibüchen, Lambertsmühle.

Das Wahllokal befindet sich in der Schule in der Höhestraße.

Wahlbezirk 3 umfaßt den Schulbezirk Dierath mit den Ortschaften Berghamberg, Bornheim, Dierath, Großhamberg, Grünscheid, Grünscheidermühle, Hahnerfeld, Imelsbach, Irlerhof, Irlermühle, Kamberg, Kuckenberg, Lämgesmühle, Massiefen, Nagelsbaum, Neuenhaus und Unterwietsche.

Wahlvorsteher ist der 1. Lehrer Georg Surma, Dierath, sein Stellvertreter der Milchhändler Otto Haas, Kuckenberg.

Das Wahllokal befindet sich in der Schule zu Dierath.

Wahbezirk 4 umfaßt den Schulbezirk Hilgen mit den Ortschaften Bruchermühle, Dünweg, Eschhausen, Großbruch, Großösinghausen, Heide, Hilgen, Hinterweg, Hürringhausen, Irlen, Kippekofen, Kleinbruch, Kleinösinghausen, Kotten, Lamerbusch, Leie, Schneppendahl und Steinrütsche.

Wahlvorsteher ist der Kaufmann Willi Heider, Hilgen, sein Stellvertreter der Schuhmacher Thomas Grywaczyk, Hilgen.

Das Wahllokal befindet sich in der Schule zu Hilgen.

Wahlbezirk 5 umfaßt den Schulbezirk Paffenlöh mit den Ortschaften Benninghausen, Berringhausen, Blasberg, Dohm, Herkensiefen, Oberwietsche und Paffenlöh.

Wahlvorsteher ist der Landwirt Ewald Adams, Dohm, sein Stellvertreter der Lehrer Hugo Schulte, Paffenlöh.

Das Wahllokal befindet sich in der Schule zu Paffenlöh.

Wahlbezirk 6 umfaßt den Schulbezirk Sträßchen mit den Ortschaften Böckershammer, Dorn, Eichenplätzchen, Engelrath, Hahnscheiderhof, Hauslandscheid, Höfchen, Kaltenherberg, Kamp, Lungstraße, Marxhahn, Oberlandscheid, Sträßchen und Straßerhof.

Wahlvorsteher ist der kaufmännische Angestellte Julius Aubel, Kaltenherberg, sein Stellvertreter der Landwirt, Stellmacher und Krautpresser Fritz Roth, Lungstraße.

Das Wahllokal befindet sich in der Schule zu Sträßchen.

Wahlbezirk 7 umfaßt den Schulbezirk Dürscheid mit den Ortschaften Dürscheid, Dürscheidermühle, Gerstenmühle, Heiligeneiche, Heidberg, Hirzenberg, Kleinhamberg, Neuenhof, Neusieferhof, Sieferhof und Spiegelhof.

Wahlvorsteher ist der Lehrer Karl Melchers, Dürscheid, sein Stellvertreter der Dreher Ernst Steinacker, Dürscheid.

Das Wahllokal befindet sich in der Schule zu Dürscheid.

Wahlzeit. Die Wahl findet am 31. 7. 32 in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr abends statt.

Die Stimmzettel sind amtlich hergestellt und werden am Wahltage im Wahllokal an die Wahlberechtigten ausgehändigt.

Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, daß der Stimmberechtigte auf dem Stimmzettel durch ein Kreuz, durch Unterstreichen oder in sonst erkennbarer Weise kennzeichnet, welchem Wahlvorschlag er seine Stimme geben will. Der gekennzeichnete Stimmzettel wird in den Wahlumschlag gelegt und so an den Wahlvorsteher abgegeben.

Burscheid, den 25. Juli 1932.

Der Bürgermeister: Rohde.

Viehmärkte vom 25. Juli 1932

	Essen	Dortmund	Düsseldorf	Elberfeld	Köln	Frankfurt
Auftrieb: Großvieh	507	772	—	572	1133	1257
Ochsen	20	23	32	68	216	—
Bullen	181	152	64	71	203	—
Kühe	192	517	200	3 4	613	—
Färsen	76	60	50	93	92	—
Fresser	38	20	—	36	14	—
Kälber	545	410	434	427	1132	536
Schafe	51	11	55	1	8	27
Schweine	2278	2169	2250	2374	4306	3883
Ziegen	—	—	—	—	—	—
Preise:						
Ochsen: vollfleisch. ausgemäst. a) jüngere	32—35	—	36—39	35—37	35—39	31—35
b) ältere	—	—	—	—	30—32	—
sonstige vollfleischige a) jüngere	—	—	32—35	30—34	30—33	27—30
b) ältere	—	—	—	—	25—28	—
fleischige	—	—	26—30	24—29	—	24—26
gering genährte	—	—	—	—	—	—
Bullen: jüngere vollfleischige	—	27—29	27—30	26—28	27—30	26—30
sonstige vollfleischige oder ausgemästete	22—25	24—26	23—26	18—25	23—26	22—25
fleischige	19—21	21—23	19—22	—	18—22	—
gering genährte	15—18	18—20	—	—	—	—
Kühe: jüngere vollfleischige	28—30	28—31	29—32	29—31	29—32	25—28
sonstige vollfleischige oder ausgemästete	25—27	24—26	25—28	25—28	24—28	20—24
fleischige	22—24	21—23	20—24	20—24	20—23	14—19
gering genährte	15—20	16—20	15—19	14—19	—	—
Färsen: vollfleischige, ausgemästete	32—35	32—34	32—35	33—35	32—36	31—35
vollfleischige	29—31	28—31	28—31	28—32	25—30	27—30
fleischige	26—28	25—27	23—27	24—27	—	24—28
Fresser: mäßig genährtes Jungvieh	15—22	—	—	20—24	20—25	—
Kälber: Doppellender bester Mast	—	—	54—62	—	48—62	—
beste Mast- und Saugkälber	36—40	40—42	40—46	38—42	38—43	36—40
mittlere Mast- und Saugkälber	30—35	32—38	33—38	32—37	32—37	31—35
geringe Kälber	22—28	25—30	25—32	24—31	26—29	25—30
Schafe: Mastl. u. ig. Masth. a) Weidemast	32—34	—	—	—	—	—
b) Stallmast	—	—	—	—	—	—
mittl. Mastl., ält. Masth., gut gen. Schafe	25—30	—	—	—	—	—
fleischiges Schafvieh	—	—	—	—	—	—
gering genährtes Schafvieh	15—18	—	—	—	—	—
Schweine: Fettschweine üb. 300 Pfd. L.-G.	—	—	—	44—47	42—46	—
vollfleischige von ca. 240—300 Pfd.	45—47	46—48	45—48	44—47	43—48	46—49
vollfleischige von ca. 200—240 Pfd.	45—47	46—48	46—50	44—47	43—48	45—48
vollfleischige von ca. 160—200 Pfd.	43—45	44—46	45—49	44—47	40—46	42—46
fleischige von ca. 120—160 Pfd.	40—43	41—43	40—45	40—43	38—43	37—42
fleischige unter 120 Pfd.	—	—	—	—	—	—
Sauen	35—40	36—41	36—40	35—40	35—38	—

Die Preise verstehen sich für 50 kg Lebendgewicht und sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Schönes
Gerstenstroh
sowie auch anderes Stroh haben abzugeben
Geschw. Wietfscher, Hüscheid, Fernsprecher 154 Amt Opladen.

Dicke Bohnen und Kirschen
hat abzugeben
Busch, Straßerhof.

Drucksachen
liefert die Buchdruckerei dieser Zeitung.

Wipperaue

Mittwoch, den 27. Juli 1932
drittes u. letztes großes
Konzert
zur Hundertjahrfeier.

Mitwirkende: Ohligser Stadt-Kapelle (Leitung Herr Musikdirektor R. Spielberg), Löhdorfer Männerchor (Leitung Herr Musikdirektor Niemann-Köln).
Wiederum kommen zur Aufführung Fanfaren-Trompeten, Trompeter von Säckingen und Aufzug des „alten Fritz".

Es laden freundlichst ein
Otto Evertz u. Familie.



Personal-Anzeiger des „Daheim"

Unsere Geschäftsstelle des Bergischen Volksboten vermittelt ohne Spesenaufschlag Anzeigen für das „Daheim". Das Publikum hat nur nötig, die Anzeigentexte bei uns abzugeben und die ermäßigten Gebühren zu entrichten.

Diese lauten:

Stellen-Angebote .. jetzt nur 90 Rpf.
Stellen-Gesuche .... jetzt nur 67 Rpf.
Sonstige kl. Anzeigen (auch Heiratsanzeigen) 1.08 RM für die Zeile (1 Zeile = 7 Silben)

Geschäftsstelle des „Bergischen Volksboten"

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid

Burscheider Zeitung

Nr 173 2. Blatt Dienstag, 26. Juli 1932

Was muß der Wähler von der Reichstagswahl 1932 wissen

Wahlberechtigt sind alle Reichsangehörigen, die vor dem 31. Juli 1912 geboren wurden. Nur der Wahlberechtigte kann seine Stimme abgeben, der in eine Wählerliste oder Wahlkartei eingetragen oder im Besitz eines Wahlscheines ist.

Entmündigte, Geisteskranke und mit dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestrafte Reichsangehörige sind von der Ausübung des Wahlrechts „ausgeschlossen". Geisteskschwache, Straf- und Untersuchungsgefangene sind an der Stimmabgabe „behindert". Dagegen ist die politische Schutzhaft kein Wahlhindernis.

Das Wahlgebiet gliedert sich in Wahlbezirke, Wahlkreise, Wahlkreisverbände und in den Reichswahlverband. Der Wahlbezirk ist gemeindeweise abgegrenzt. Bei größern Gemeinwesen tritt eine Auflockerung ein, so daß möglichst jeder Bezirk nicht mehr als 2500 Einwohner umfassen soll. Die Wahlbezirke sind in 35 Wahlkreisen zusammengeschlossen. In den Wahlkreisen werden die auf die einzelnen Parteien entfallenden Stimmen summiert und in Mandate verrechnet. Auf je 60 000 Stimmen entfällt ein Abgeordnetensitz. Wahlbeteiligung und Zahl der Parteien wirken auf die Mandatszahlen ein. Die Parteileitungen der Wahlkreise reichen auch evtl. Anschluß- und Verbindungserklärungen ein.

Alle über oder auch unter 60 000 abgegebenen gültigen Stimmen nennt man Reststimmen. Um im Sinne der Verhältniswahl auch diese Stimmen mandatsbildend zu verwerten, werden diese im ganzen Reichswahlgebiet zusammengezählt und dem Reichswahlvorschlag zugeleitet.

Den Parteien ist auch die Möglichkeit gegeben, diese Reststimmen der Kreiswahlvorschläge in zwei bis drei Wahlkreise durch Erweiterung zu einem Wahlkreisverband zu erhalten, wenn wenigstens 60 000 gültige Stimmen abgegeben werden.

Endlich werden die Reststimmen der Kreiswahlvorschläge, die auf Grund einer eingereichten Anschlußerklärung einem Reichswahlvorschlag zuzurechnen oder in einem Wahlkreisverband noch nicht verbraucht sind, für das ganze Wahlgebiet summiert und in Reichswahlvorschlagsmandate umgesetzt. Auch hier müssen 60 000 Stimmen aufgebracht werden. Verbleibt nach der Teilung noch ein Rest von über 30 000 Stimmen, dann entfällt auch auf diese Stimmenzahl noch ein Mandat.

Die Wahlbehörden bilden die Wahlvorsteher, die Wahlvorstände, die Kreiswahlleiter und Kreiswahlausschüsse, die Verbandswahlleiter und Verbandswahlausschüsse, der Reichswahlleiter und der Reichswahlausschuß.

Jeder Wahlbezirk erhält einen Wahlvorsteher und Stellvertreter. Beide ernennt die Behörde. Der Wahlvorsteher beruft die Schriftführer und drei bis sechs Beisitzer, möglichst unter Berücksichtigung der verschiedenen Parteien. Wahlvorsteher, Stellvertreter, Schriftführer und Beisitzer bilden den Wahlvorstand. Der Vorstand beschließt mit Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsteher oder sein Stellvertreter. Während der Wahlhandlung müssen der Vorsteher oder sein Vertreter und wenigstens drei Beisitzer einschließlich Schriftführer anwesend sein.

Nach Anhören der Parteien werden die Kreiswahlleiter, die Stellvertreter und vier bis acht Beisitzer berufen. Aufgabe des Kreiswahlausschusses ist die Prüfung und Festsetzung der eingereichten Kreiswahlvorschläge. Dies erfolgt in öffentlicher Sitzung. Ferner werden nach der Wahl in diesem Ausschuß die Abstimmungsergebnisse geprüft und weitergereicht.

Die Aufgaben des Verbandswahlleiters und des Verbandswahlausschusses für die Wahlkreisverbände decken sich sachlich ungefähr mit den Aufgaben der Kreiswahlleiter und der Kreiswahlausschüsse.

Reichswahlleiter ist der Präsident des Statistischen Reichsamts in Berlin (zurzeit Dr. Wagemann). Dieser bildet mit noch sechs von ihm bestimmten Beisitzern bzw. Stellvertretern den Reichswahlausschuß. Die Parteileitungen sind vorher anzuhören. Der Aufgabenkreis des Reichswahlleiters und des Reichswahlausschusses erstreckt sich auf die Entgegennahme, Prüfung, Festsetzung und Veröffentlichung der Reichswahlvorschläge; die Verwertung der Reststimmen der Wahlkreise und Wahlkreisverbände sowie der Reichsreststimmen; die Feststellung und Veröffentlichung der Wahlergebnisse und der Mandatsverteilung; die Vorprüfung der Verhandlungsniederschriften der Wahlausschüsse für das Wahlprüfungsgericht; die Feststellung des Mandatsnachfolgers.

Für jeden Wahlbezirk ist eine amtliche Wählerliste oder Wahlkartei zu führen. In diesen Listen sind alle Wahlberechtigten mit Vor- und Zunamen, Geburtsdatum und Wohnung aufzuführen, sofern sie bereits im Wahlbezirk wohnen oder während der Auslegungsfrist zuziehen.

Wahlscheine verfolgen den Zweck, auch den Wahlberechtigten die Wahlmöglichkeit zu geben, die am Wahltag aus beruflichen oder sonstigen Gründen vom Wohnort oder zuständigen Wahlbezirk abwesend sind. Gleichfalls erhalten Auslanddeutsche den Wahlschein, wenn sich diese nach dem Ablauf der Einspruchsfrist im Reichsgebiet niederlassen.

Gegen Abgabe des Wahlscheines können die Inhaber in jedem beliebigen Wahlbezirk des Aufenthaltsorts wählen. Wer nach Ablauf der Einspruchsfrist in einen andern Wahlbezirk verzieht sowie Leidende und Gebrechliche, die einen für sie günstigeren Wahlraum aufsuchen möchten, ist ein Wahlschein auszufertigen. In Verlust geratene Wahlscheine werden nicht erneuert.

Wahltermin und Wahlzeit sind Sonntag, den 31. Juli, von 8 bis 17 Uhr. Früherer Beginn und späterer Schluß sind unstatthaft. In Wahlbezirken unter 1000 Einwohnern kann die Behörde den Wahlbeginn bis zu einer Stunde hinausschieben. Haben sämtliche eingetragenen Wähler abgestimmt und ist anzunehmen, daß Wahlscheininhaber nicht mehr kommen, kann die Wahlhandlung bei einstimmigem Beschluß des Wahlvorstandes bereits vor 17 Uhr geschlossen werden. Nach 17 Uhr dürfen nur noch wählen die schon um 17 Uhr im Wahllokal waren.

Den Stimmzettel liefert mit dem amtlichen Umschlag die Behörde. Es ist ein Einheitsstimmzettel, der alle zugelassenen Parteien numeriert aufführt. In diesem Vordruck muß der Wähler deutlich seinen Wahlwillen zu erkennen geben. Ungültig sind: Stimmzettel, die nicht amtlich hergestellt wurden; die in einem nicht amtlichen oder in einem amtlichen, aber besonders gekennzeichneten Umschlag abgegeben wurden; die zunächst in einen privaten, sodann amtlichen Umschlag gesteckt wurden; in denen mehr als eine Partei gekennzeichnet wurde; die ganz durch strichen sind, denen Druck- und Schriftstücke beigefügt wurden; die Vorbehalte oder Vermerke enthalten. Mehrere Wahlzettel in einem Umschlag gelten als einer, wenn alle gleichlautend sind oder nur einer deutlich gekennzeichnet wurde.

Die Stimmabgabe ist geheim. Jede Beeinflussung ist unstatthaft und macht die Wahl ungültig. Jeder Wähler muß persönlich erscheinen. Vertretung oder briefliche Wahl ist unstatthaft. Gebrechliche können durch Vertrauenspersonen unterstützt werden.

Die Stimmzählung beginnt unmittelbar nach dem Wahlschluß. Zunächst werden die Wahlumschläge ungeöffnet gezählt, dann werden erst die einzelnen Stimmen ermittelt.

Eine Neuerung ist, daß Inlandreisende auf weiten Strecken, am Wahltag nach dem Ausland fahrende oder vom Ausland zurückkehrende Inlanddeutsche auf wichtigen Bahnhöfen Wahlmöglichkeiten haben.

Die Wahl in Burscheid

Wann und wie mußt Du wählen?

Die Wahl findet am kommenden Sonntag, den 31. Juli 1932, statt und zwar in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr abends. Es ist richtig, möglichst die Vormittagsstunden oder die frühen Nachmittagsstunden zur Wahl zu benutzen. In dieser Zeit ist der Andrang nicht so groß und die Abfertigung geht schneller vonstatten.

Die Stimmzettel sind amtlich hergestellt und werden am Wahltage im Wahllokal an die Wahlberechtigten ausgehändigt.

Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, daß der Stimmberechtigte auf dem Stimmzettel durch ein Kreuz, durch Unterstreichen oder in sonst erkennbarer Weise kennzeichnet, welchem Wahlvorschlag er seine Stimme geben will. Der gekennzeichnete Stimmzettel wird in den Wahlumschlag gelegt und so an den Wahlvorsteher abgegeben.

Wo mußt Du wählen?

Nach einer Bekanntmachung in heutiger Ausgabe ist für die am Sonntag, den 31. Juli 1932 stattfindende Wahl zum Reichstag die Stadtgemeinde Burscheid wiederum in 7 Wahlbezirke eingeteilt worden.

Das Wahllokal für den Wahlbezirk 1 befindet sich in der Schule in der Viktoriastraße, Wahlvorsteher ist der Kaufmann Walter Peters, Bismarckstraße, sein Stellvertreter der Gewerbeoberlehrer Hans Zimmermann, Bismarckstraße.

Der Wahlbezirk 2 wählt in der Schule an der Höhestraße. Wahlvorsteher ist der Sparkassenoberbuchhalter Max Peters, Höhestraße, sein Stellvertreter der Müller und Bäcker Ernst Maibüchen, Lambertsmühle.

Der Wahlbezirk 3 umfaßt den Schulbezirk Dierath und hat sein Wahllokal in der Schule in Dierath. Wahlvorsteher ist der 1. Lehrer Georg Surma, Dierath, sein Stellvertreter der Milchhändler Otto Haas, Kuckenberg.

Der Wahlbezirk 4 umfaßt den Schulbezirk Hilgen und befindet sich das Wahllokal in der Schule in Hilgen. Wahlvorsteher ist der Kaufmann Willi Heider, Hilgen, sein Stellvertreter der Schuhmacher Thomas Grywaczyk.

Der Wahlbezirk 5 umfaßt den Schulbezirk Paffenlöh und hat sein Wahllokal in der Schule in Paffenlöh. Wahlvorsteher ist der Landwirt Ewald Adams, Dohm, sein Stellvertreter der Lehrer Hugo Schulte, Paffenlöh.

Der Wahlbezirk 6 umfaßt den Schulbezirk Sträßchen und wird in der Schule in Sträßchen gewählt. Wahlvorsteher ist der kaufmännische Angestellte Julius Aubel, Kaltenherberg, sein Stellvertreter der Landwirt, Stellmacher und Krautpresser Fritz Roth, Lungstraße.

Der Wahlbezirk 7 umfaßt den Schulbezirk Dürscheid und hat sein Wahllokal in der Schule in Dürscheid. Wahlvorsteher ist der Lehrer Karl Melchers, Dürscheid, sein Stellvertreter der Dreher Ernst Steinacker, Dürscheid.

Hast Du noch Deine Wahlkarte?

In den jetzigen letzten Tagen vor der Reichstagswahl, die bekanntlich am kommenden Sonntag stattfindet, muß jetzt jeder einmal nachsehen, ob er noch seine Wahlberechtigungskarte von der letzten Reichspräsidenten- und Landtagswahl hat. Wer nicht mehr im Besitze einer solchen Karte ist, die bekanntlich seinerzeit vom Rathaus zugestellt wurde, tut gut, sich dort auf Zimmer Nr. 10 eine neue Karte ausstellen zu lassen. Er soll aber damit nicht bis zum Samstag warten, sondern sich möglichst sofort darum bemühen. Die Wahlberechtigungskarte dient vor allem dem Zweck, die glatte und schnelle Abwicklung des Wahlgeschäftes zu gewährleisten, indem an Hand dieser der Wähler in der amtlichen Wählerliste ohne langes Suchen und ohne viel Umstände gefunden werden kann.

Wir machen dieserhalb auch auf die betr. Bekanntmachung des Herrn Bürgermeisters in unserer heutigen Ausgabe aufmerksam.

Aus der Heimat

Abschluß der Hundertjahrfeier in Wipperaue

Am morgigen Mittwoch findet in Wipperaue als Abschluß der unter so überaus reger Beteiligung der Bevölkerung veranstaltete Hundertjahrfeier das dritte und letzte große Konzert statt. Mitwirkende sind an diesem Tage die Ohligser Stadtkapelle und der Löhdorfer Männerchor. Die Vortragsfolge ist recht umfangreich und abwechslungsvoll und bringt auch wieder die mit Recht so beliebten Fanfarenmärsche, den Trompeter von Säckingen und den Aufzug des „alten Fritz". Wipperaue mit seinen herrlichen Gartenanlagen bietet also am Mittwoch wieder einen angenehmen und genußreichen Aufenthalt.

Siehe auch Anzeige in heutiger Ausgabe.

Bezirkskommissar für den freiw. Arbeitsdienst

Das Landesarbeitsamt Rheinland teilt mit: Zum Bezirkskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst im Landesarbeitsamtsbezirk Rheinland hat der Reichsarbeitsminister den Präsidenten des Landesarbeitsamtes Rheinland Scheuble ernannt.

Freiw. Arbeitsdienst

Das Landesarbeitsamt Rheinland teilt mit: Im freiwilligen Arbeitsdienst erhöht sich die Zahl der anerkannten Maßnahmen und die Zahl der im Arbeitsdienst Tätigen von Monat zu Monat. Im Juni wurden 187 Maßnahmen neu anerkannt. Damit sind bisher im Rheinland 631 Anerkennungen für 18 923 Arbeitsdienstwillige ausgesprochen. Schätzungsweise wird im Monat Juni die hohe Zahl von 200 000 Tagewerken zur Ableistung gelangt sein. Die bisher ausgestellten Anerkennungen umfassen insgesamt rd. 2 039 000 Tagewerke, von denen etwa 850 000 bis Ende Juni verbraucht waren, so daß noch rd. 1,2 Millionen Tagewerke als Arbeitsreserve für die nächsten Monate zur Verfügung stehen. Erfreulicherweise steigt der Anteil der volkswirtschaftlich besonders wertvollen Arbeiten, wie Bodenverbesserungen u. dergl. ständig, da die Arbeitsämter gerade um die Durchführung solcher Arbeiten im freiwilligen Arbeitsdienst besonders bemüht sind.

Interessante Arbeiten

Die Arbeiten an der Erneuerung des zweiten Gleises auf unserer Eisenbahnstrecke nehmen einen recht flotten Verlauf, besonders, da Tag und Nacht gearbeitet wird, und man hierzu die neuesten Maschinen benutzt. Da man jetzt gerade an der Strecke zwischen den Brücken der Hauptstraße und Mittelstraße beschäftigt ist, findet die Tätigkeit der Arbeiter und Maschinen immer recht viel Interessenten, vor allem bei der Jugend, der ja nichts dadurch gehen darf. In der Nacht, wenn die Arbeitsstelle von vielen elektrischen Lampen beleuchtet wird und der riesige Bagger, der sich auf Raupenbändern fortbewegt, zischend und polternd am Werke ist, bietet die Einbuchtung zwischen den oben erwähnten beiden Brücken ein gespenstisches Bild.

Der Düsseldorfer Wochenendklub e. V.

tagte am vorigen Samstagabend im Restaurant der Talsperre Diepental. Außer den Wochenendsiedlern und deren Angehörigen nahmen teil: Landrat Trimborn, die Bürgermeister Voos und Gerhardt und Vertreter des Verkehrsvereins Berg. Neukirchen. Es handelte sich um die Jahreshauptversammlung des Klubs, welche nach Diepenthal eingeladen war, weil dort die erste Siedlung im Bergischen bisher entstanden ist. Nach einleitenden Worten des Schriftführers Todtenhaupt übernahm Professor Dr. Lips-Köln die Leitung der Versammlung. Aus dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß der Gedanke der Wochenendsiedlung lebhaftes Interesse genommen hat. Der Düsseldorfer Klub konnte in den wenigen Jahren seines Bestehens recht erfolgreich tätig sein. Landrat Trimborn unterstrich die Zweckmäßigkeit der Errichtung von Wochenendhäusern im Rhein-Wupper-Kreis und sagte zu,

Meidet die Ansammlungen auf der Straße

Das Polizeipräsidium Wuppertal erläßt nochmals folgende Warnung:

„Trotz aller bisherigen Warnungen an die Bürgerschaft, Aufläufen fernzubleiben und sich bei Zusammenrottungen, die sehr leicht zu schweren Ausschreitungen führen können, von der Straße zu entfernen, mußten bei den Vorkommnissen der letzten Zeit bedauerlicherweise wieder größere Ansammlungen Neugieriger festgestellt werden.

Ganz abgesehen davon, daß durch das Herumstehen von Neugierigen der Verkehr außerordentlich behindert und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in erheblichem Maße erschwert wird, setzen sich diese Personen infolge ihres unbedachten Verhaltens beim Einschreiten der Polizei meistenteils den größten Gefahren für Leib und Leben aus.

Die wegen des Vorgehens der Polizei gegen solche Personen in der letzten Zeit beim Polizeipräsidium eingereichten Beschwerden lassen erkennen, daß weite Kreise sich über die möglichen Folgen ihrer Neugierde völlig im unklaren sind.

Es sei daher im Interesse des Publikums darauf hingewiesen, daß sich bei Ansammlungen auch diejenigen, die nur zufällig hinzugekommen sind, nach Paragraph 116 RStGB wegen Auflaufs strafbar machen können, wenn sie den Aufforderungen der Beamten, sich zu entfernen, nicht sofort nachkommen. Hierbei ist es nicht einmal nötig, daß die Täter die Aufforderung selbst gehört haben, vielmehr genügt auch die auf andere Weise erlangte Kenntnis.

Um den häufigen Mahnungen die gebührende Beachtung zu verschaffen, sind die Polizeibeamten nunmehr angewiesen, bei Ansammlungen auch an sich unbeteiligte Personen, die ihren Anweisungen keine Folge leisten, herauszugreifen und zur Anzeige zu bringen. Diese Maßnahme ist leider durch das unverständige Verhalten vieler Straßenpassanten erforderlich geworden.

An alle Bevölkerungskreise ergeht daher nochmals die dringende Aufforderung, sich bei derartigen Anlässen von der Straße zu entfernen, um sich vor empfindlichen Schäden und Strafen zu schützen und die Polizei in die Lage zu setzen, die erforderlichen Maßnahmen ungehindert durchzuführen".

Erneute Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen

in den westlichen Landgemeinden

Nach den Feststellungen des Preußischen Landgemeindetages West ist die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen auch im Monat Juni 1932 erneut gestiegen, und zwar sind wiederum besonders belastet die westlichen Landgemeinden. Bei einer Erhöhung der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in ganz Preußen von 1 485 086 auf 1 530 766, also um 3,1 v. H., haben die Landgemeinden in der Rheinprovinz eine Erhöhung um 3,5 v. H. und in der Provinz Westfalen sogar eine Erhöhung um 4,7 v. H. aufzuweisen. Entsprechend war die Steigerung in den einzelnen Regierungsbezirken. Besonders stark ist die Zunahme im Regierungsbezirk Aachen mit 5,4 v. H.; es folgen die Regierungsbezirke Arnsberg mit 5,3 v. H., Minden mit 5,0 v. H., Köln mit 4,1 v. H., Münster mit 3,6 v. H., Koblenz mit 3,3 v. H. und endlich Düsseldorf mit 2,5 v. H.

Es zeigt sich also wiederum, daß eine Entlastung der westlichen Landgemeinden nicht eingetreten ist, sondern daß sie nach wie vor unter der Finanz- und Wirtschaftsnot besonders schwer zu leiden haben. Die jetzige Regelung der Entlastung der Gemeinden durch die Reichswohlfahrtshilfe ist zudem völlig unzureichend, da einerseits die kreisangehörigen Gemeinden nicht unmittelbar an ihr beteiligt sind, andererseits aber die mittelbare Beteiligung der kreisangehörigen Gemeinden durch eine Entlastung bei den Ausgaben für die Krisenfürsorge durch Verteilung des bisher von den Gemeinden ausschließlich getragenen Krisenfünftels zwischen Bezirksfürsorgeverband und kreisangehörigen Gemeinden im Verhältnis 70:30 ernsten Bedenken begegnen muß, weil die Abstellung der Entlastung der Gemeinden auf die Aufwendungen bei der Krisenfürsorge unzureichend und in den meisten Fällen ungerecht ist. Nicht dringlich genug kann daher immer wieder die vom Preußischen Landgemeindetag West mit Nachdruck vertretene Forderung einer Zusammenfassung der Wohlfahrtserwerbslosen- und Krisenfürsorge in einer Reichsarbeitslosenfürsorge unter angemessener Beteiligung von Reich und Ländern an der Kostentragung und einer gerechten, ausreichenden Beteiligung der kreisangehörigen Gemeinden an der Reichswohlfahrtshilfe erhoben werden.

---

daß er wie auch der Kreisverkehrsverband regen Anteil an den Bestrebungen nehmen werde und es an einer möglichen Unterstützung nicht fehlen solle. Bei Vornahme der Vorstandswahl ergab sich, daß der frühere Vorstand ganz neu zu wählen war. 1. Vorsitzender wurde Landrat Trimborn, 2. Vorsitzender Bürgermeister Gerhardt. 3 Beisitzer sollen aus den Kreisen der Wochenendsiedler vorgeschlagen werden, während 3 weitere vom Vorstand zu berufen sind. Bezüglich der weiteren Vereinsarbeit wurde angeregt, nach der Ferienzeit nochmals eine Mitgliederversammlung in Diepentel stattfinden zu lassen, in der von der Kreisverwaltung ein Lichtbildervortrag geboten wird. Bis dahin sollen auch evtl. Satzungsänderungen vorbesprochen werden. Den Mitgliedsbeitrag setzte die Versammlung auf 50 Pfennig je Monat, für korporative Mitglieder auf 10 Mark pro Jahr fest.

Herabsetzung der Lohnpfändungsgrenze

Durch die Notverordnung vom 14. Juni 1932 ist die Lohnpfändungsgrenze auf monatlich 165 RM (bisher 195 RM) oder wöchentlich 38 RM oder 6,30 RM täglich, herabgesetzt worden. Der übersteigende Betrag ist zu einem Drittel unpfändbar. Diese Schutzbestimmung gilt nicht, wenn der Arbeits- oder Dienstlohn 500 RM monatlich (115 RM wöchentlich, 19 RM täglich) übersteigt. Einkommen über dieser Grenze von 500 RM können also fortan unbeschränkt gepfändet werden.

Der Kurszettel der Hausfrau

Versteigerungsbericht der Kreis- Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaft Opladen vom 25. Juli

Frühkartoffeln 2,7—3,1 pro 100 Pfd.; Frühkartoffeln, kleine, 1,8—1,9; Maiwirsing 2—3,9; Wirsing grün 4,3—8,8; Rotkohl 3,9—5,7; Spitzkohl 0,8—1,5; Weißkohl 1—1,5; Strauchbohnen 7,2—11,8; Stangenbohnen 13,1—18,4; Wachsbohnen 7,9—12,9; Dicke Bohnen 5—7,6; Wollbohnen 14,4—19; Erbsen 14,9—17,9; Möhren 2,9—4,3 pro 100 Bund; Möhren 5,9—6,9 pro 100 Pfd.; Rote Beete 3,8—4,6; Tomaten 8,3—16,1; Essiggurken 0,54—0,66 pro 100 Stück; Stachelbeeren 7,8—11,8 pro 100 Pfd.; Johannisbeeren schwarz 20,5; Johannisbeeren rot 12,6—15; Kirschen sauer 25,6—27; Rhabarber 1,8—1,9; Porree 1,2—1,8 pro 100 Stück; Blumenkohl I 13—25; Blumenkohl II 6,6—10,4; Kopfsalat I 1,6—5; Kopfsalat II 0,4—0,9; Treibhausgurken I und Ia 11,1—18,8; Treibhausgurken II 8—9,1; Kohlrabie blau I 1—3,5; Hühnereier 6,6—6,7; Petersilie 2,2; Aepfel unreif 13,1—19,2 pro 100 Pfund.

Tendenz: Anfuhr sehr gut, Nachfrage gut.

Versteigerungen: Montag, Mittwoch, Freitag.

Obstwaschen ist Pflicht

Eigentlich sollte sich diese Mahnung erübrigen; denn für viele wird es eine Selbstverständlichkeit bedeuten, Obst vor dem Genuß zu säubern. Dennoch kann man es in der Hochsaison der Kirschen oft genug sehen, daß Leute mit ihrer Düte durch die Straßen gehen und die Kirschen verzehren, ohne die Frucht gewaschen zu haben. Bakteriologische Untersuchungen haben ergeben, daß das sterilisierte Wasser, mit dem die Früchte gewaschen wurden, eine ganze Blütenlese von Bakterien enthielt, unter denen sich einige recht gefährliche befanden. Die Zahl schwankte je nach dem Reinlichkeitsgrad der Früchte zwischen 68 000 und 3 200 000 Keimen im Kubikzentimeter. Beim zweiten Waschen ergaben sich noch 7000 und 120 000 Keime und nach dem 3. Waschen immer noch zwischen 3000 und 7000 Keime. Diese Zahlen zeigen deutlich genug, wie notwendig das Waschen des Obstes vor dem Genuß ist.

Aus der Gemeinde Odenthal

Gegen Wahlterror und Waffenmißbrauch

Eine der unerfreulichsten Erscheinungen dieses Wahlkampfes ist der starke Terror, den Mitglieder einzelner Parteien gegen Angehörige anderer Parteien ausüben. U. a. sollen Stoßtrupps gebildet worden sein, die die Aufgabe haben, den politischen Gegnern vor ihren Wohnungen aufzulauern, sie dort zu bedrohen, gegebenenfalls auch zu mißhandeln. Ein derartiger, gegen den einzelnen Menschen sich richtender Terror muß den, ohnedies verwilderten Parteikampf noch mehr verrohen lassen und somit die Grundlage der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf das Allerschwerste gefährden.

Der Kölner Regierungspräsident hat aus diesem Anlaß die Polizeibehörden des Bezirks erneut angewiesen, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden polizeilichen Mitteln gerade diesen Auswüchsen des Parteikampfes entgegenzutreten und jedermann den erforderlichen Schutz bei Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte zu gewähren. Eine Reihe von Maßnahmen sind in die Wege geleitet. Jede Störung der öffentlichen Sicherheit, ganz gleichgültig von welcher Seite sie kommt, wird rücksichtslos unterdrückt.

In diesem Zusammenhange sei darauf hingewiesen, daß alle Personen, die auf frischer Tat bei einem Verbrechen oder Vergehen betroffen werden, das mittels einer Waffe begangen ist, gemäß § 17 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 (RGBl. S. 297) in polizeiliche Haft bis auf drei Monate zu nehmen sind, wenn dies im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Das gleiche gilt für Personen, die bei unbefugtem Führen einer Schußwaffe (§ 15, 25 Abs. 1, Nr. 2 des Schußwaffengesetzes) eine Hieb- Stoß- Stichwaffe (§ 1 Ges. gegen Waffenmißbrauch vom 28. 3. 31) oder bei Erscheinen mit einer Waffe an öffentlichen Orten bei politischen Ansammlungen (§ 3 Ges. gegen Waffenmißbrauch) betroffen werden. Der Regierungspräsident hat angeordnet, daß diese Polizeihaft bis auf Weiteres regelmäßig für volle drei Monate zu bemessen ist.

Die Küche im Eilzug

Nach längeren Verhandlungen ist es durch die Reichsbahnhauptverwaltung der Mitropa zugestanden worden, für zwei Kölner Eilzugpaare Wirtschaftsbetrieb einzurichten. In den Eilzügen 19 und 20 auf der Strecke Köln—Hannover und in den Eilzügen 65 und 66 auf der Strecke Köln—Norddeich sind in den Packwagen dieser Züge eine Küche und eine Vorratskammer eingebaut worden. In diesem abgesonderten Raum befinden sich das Küchen- und Bedienungspersonal der Mitropa, um von da aus kalte Getränke, belegte Brote, Kaffee, Tee, Fleischbrühe, Eierspeisen und warme Würstchen zu verabfolgen. Es wird mit Hilfe von Elektrizität gekocht und den Gästen das Gewünschte während der Fahrt zugetragen. In dem Eilzug zwischen Köln und Hannover besteht die Einrichtung schon. In den Zügen zwischen Norddeich und Köln wird sie erst in einigen Tagen zur Verfügung stehen.

Der Rückgang der Sextaner

Die wirtschaftliche Notlage hat zwangsläufig auch eine Entvölkerung der höheren Lehranstalten mit sich gebracht. Für Preußen, Bayern und Thüringen liegen statistische Unterlagen dafür vor, daß in der letzten Zeit ein stärkeres Weiterverbleiben in der Volksschule stattgefunden hat. In Preußen beträgt der Rückgang der Sextaner für die Knabenschulen im Durchschnitt 19,2 v. H., für die Mädchenschulen 21,4 v. H., also zusammen 20 v. H. Von Interesse ist, daß der Rückgang bei den mit Latein beginnenden höheren Knabenschulen geringer ist (16,9 v. H.) als bei den mit einer neueren Fremdsprache beginnenden höheren Knabenschulen (20,9 v. H.). In Thüringen zeigt sich ein entsprechendes Bild. Hier gingen die Lateinsexten um 17,1 v. H. zurück, die neusprachlichen Sexten bei den Knabenschulen um 25,8 v. H., bei den Mädchenschulen um 27,6 v. H. Der Durchschnitt beträgt in Thüringen also rund 24,8 v. H. In Preußen wie in Thüringen liegen die Hundertsätze der Abnahme erheblich unter denen Bayerns mit 31,7 v. H.

Aus der Gemeinde Witzhelden

Hühnerdiebstahl

Einem Bewohner von Wupperhof wurden in der vergangenen Woche bei Nachtzeit aus einem verschlossenen Stallgebäude 5 Hühner entwendet. Nach den angestellten Ermittlungen haben die Täter, die sich in Richtung Witzhelden entfernt haben, die Tiere unterwegs abgeschlachtet und auch gerupft. In gleicher Nacht ist versucht worden in Herscheid einzubrechen. Die Täter hatten es auch hier auf Hühner abgesehen, sodaß anzunehmen ist, daß es sich um dieselben Personen handelt. Es blieb in Herscheid jedoch nur bei einem Versuch, da die Täter gestört worden sind.

Verein „Bergisch Land" tagte

Unter außerordentlich starker Beteiligung fand am vergangenen Sonntag im Gasthof zur Post in Witzhelden die Jahreshauptversammlung des Vereins Bergisch Land, Gebirgsverein e. V., statt, zu der auch zahlreiche Behördenvertreter erschienen waren.

Landrat Trimborn-Opladen hob die Tätigkeit des Vereins vor allem auf dem Gebiete der Wegekennzeichnung mit herzlichen Dankesworten hervor und sagte dem Verein die Unterstützung seines Kreises zu, soweit das bei den heutigen Verhältnissen nur möglich sei. Bürgermeister Baupel-Witzhelden hieß die Gäste im Namen der Gemeinde Witzhelden willkommen.

Dann erstattete der Hauptvorsitzende Tibus-Elberfeld den Jahresbericht. Auch dieser Bericht spiegelte deutlich das Jahr 1931 als ein Notjahr wider. Eng sei die Zusammenarbeit zwischen dem Verein und dem Bergischen Verkehrsverband sowie dem Bergischen Skiverband. Der Mitgliederbestand habe, ebenfalls in der Not der Zeit begründet, etwas nachgelassen. Dem Verein gehörten jetzt 21 Ortsgruppen an. Das beste Bild von der rührigen Tätigkeit des Vereins gibt die Tatsache, daß im abgelaufenen Jahr etwa die Hälfte aller Wanderstufen im Bergischen Land, rund 1500 Kilometer, neu bezeichnet worden sind, und zwar von der Sieg bis in die Gegend von Lennep. Um das Interesse der Jugend an den Bestrebungen des Vereins mehr als bisher zu fördern, wurde im vergangenen Jahre ein Jugendausschuß eingesetzt, der sehr emsig gearbeitet hat.

Landesrat Ritz-Düsseldorf warf die Frage auf, wie man trotz der wirtschaftlichen Nöte auf dem Gebiete der Markierung der Wanderwege einen Schritt vorwärts kommen könne, und machte gleichzeitig praktische Vorschläge. Man solle bei der Renovierung der Wanderwege, der Auffrischung von Markierungen, bei Neumarkierungen und bei der Neuanlage von Wanderwegen den freiwilligen Arbeitsdienst einspannen. So werde die erwerbslose Jugend, und auch das sei wichtig, an die praktische Arbeit herangebracht. Das Landesjugendamt sei bereit, für diese Arbeiten pro Kopf und Tag für den Arbeitsdienst-Freiwilligen zwei Mark zur Verfügung zu stellen.

Die Versammlung gab mit großer Freude ihre Zustimmung zu dem Vorschlag, der nicht nur für das Bergische Land, sondern für alle Wanderorganisationen des Rheinlandes gedacht ist. Zur Arbeit sollen Jugendliche bis zu 25 Jahren herangezogen werden.

Der Haushaltsplan für 1932 sieht in Einnahme und Ausgabe Mk. 7500 gegenüber 9000 im Vorjahre vor. Er wurde von der Versammlung gutgeheißen. Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder wurden, soweit sie wegen beruflicher Ueberlastung eine Wiederwahl nicht abgelehnt hatten, einstimmig wiedergewählt. Der Beitrag wurde auch für 1932 pro Kopf und Jahr auf 3 Mark festgesetzt mit dem Vorbehalt, daß der Vorstand bei weiterer schlechter Entwicklung der Kassenverhältnisse gemeinsam mit den Ortsgruppenvorständen über weitere Maßnahmen entscheiden kann.

Als Ort der nächstjährigen Hauptversammlung wurde Opladen bestimmt, weil diese Stadt, die ihr 75jähriges Stadtjubiläum feiert, dazu ganz besonders eingeladen hat. Es ist daran gedacht, die Hauptversammlungen des Bergischen Verkehrsverbandes und des Vereins Bergisch Land an einem Tage stattfinden zu lassen und gemeinsam ein großes bergisches Heimatfest zu veranstalten.

Im Anschluß an die Tagung hielt der neugegründete Bergische Ski-Verband eine kurze Jahreshauptversammlung ab. Der Vorsitzende des Verbandes, Bürgermeister Dr. Lindemann-Marienheide, wies besonders darauf hin, daß der Verband erst im September 1931 gegründet worden sei. Vielleicht habe man damals gefragt, ob diese Gründung notwendig sei, der Beweis für die Notwendigkeit sei aber allein schon dadurch erbracht, daß dem Verband jetzt bereits 12 Ortsgruppen angehörten.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen traten die Mitglieder Wanderungen durch das prächtig gelegene Witzhelden an. Nachmittags begannen die gesellschaftlichen Veranstaltungen im Gasthof zur Post, wobei die Gesangvereine Herscheid und der gemischte Chor „Blühauf" mitwirkten. Ferner trugen Jugendgruppen und die Schuljugend aus Witzhelden durch Volkstänze und Reigen zum guten Gelingen der Veranstaltung bei.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Verdienter Jugenderzieher

Berg. Neukirchen, 26. Juli. 25 Jahre im Schuldienst war kürzlich Lehrer Alfred Schmidt in Pattscheid. In seiner pädagogischen Tätigkeit wirkte er bis jetzt 24 Jahre lang mit Unterbrechung der Kriegszeit an der evangelischen Volksschule Pattscheid. Herr Schmidt darf sich nicht nur bei den Kindern und deren Eltern einer besonderen Beliebtheit erfreuen, auch seine ehemaligen Schüler bewahren ihm Achtung und Anhänglichkeit. Die Regierung Düsseldorf übertrug Herrn Schmidt im März 1924 die Leitung der Pattscheider Schule. Der Jubilar hat sich ein besonderes Verdienst auch in der Geschichtsforschung erworben. Außer der umfangreichen Mitarbeit an der Neukirchener Chronik erforschte und verfaßte er die Geschichte des Rittersitzes Diepental, zu der er noch vieles andere mit großem Fleiß zusammengetragene Material niederschrieb. Sein Wirkungskreis umfaßte auch das Gebiet der Kommunalpolitik, seitdem er vor einigen Jahren Stadtverordneter in der bürgerlichen Fraktion wurde. Weiter ist Herr Schmidt Förderer des heimischen Vereinswesens, unter denen er u. a. Vorsitzender des Schützenvereins Pattscheid ist. Dienstlich wie privat ist der Jubilar ein gern gesehener Schulmann und Mitbürger. Wir entbieten zum Jubiläum nachträglich herzliche Glückwünsche.

Eine alte Kapelle wiederhergestellt

Lützenkirchen, 26. Juli. An einem schönen, idyllischen Plätzchen liegt hier in Lützenkirchen eine der hl. Anna geweihte Kapelle, die leider stark verkommen und baufällig ist und Jahrzehnte hindurch nur noch zum Aergernis der sonntäglichen Besucher bestand. Vor einigen Wochen hatte sich der katholische Gesellenverein dieser alten Kapelle erbarmt und beschlossen, sie nicht allein vor dem gänzlichen Verfall zu bewahren, sondern gründlich Inneres sowie Aeußeres neu auszuarbeiten und zu verschönern. Mit Mühe und Fleiß haben die Gesellen die alte Kapelle wieder schön und zierlich gemacht.

509 Jahre Schützenbruderschaft

Opladen-Lützenkirchen, 26. Juli. Die Sebastianerschützen in Lützenkirchen feierten am Sonntag ihr Schützenfest der 509 Jahre alten Bruderschaft. Nach dem Hochamt und der Königsparade wurde die Hutkönigswürde ausgeschossen. Die Würde errang Herr Heibach. Die Beteiligung, auch auf dem das Fest abschließenden Krönungsball, war recht gut.

Der Einbruch brachte nichts ein

Opladen, 26. Juli. In einer der letzten Nächte wurde in der hiesigen Bahnhofswirtschaft ein Einbruch verübt. Gestohlen wurden eine Menge Rauchwaren, Schokolade, Tischdecken und ein Radiogerät. Die Täter haben mit Nachschlüsseln gearbeitet. Die gestohlenen Sachen sind gegen 4 Uhr in den Grünanlagen an der Lützenkirchener Straße wieder gefunden worden. Anscheinend wollten die Diebe das gestohlene Gut, das sie in Tischdecken eingewickelt hatten, verpacken, sind aber dabei von Eisenbahnbeamten gestört worden, so daß sie unter Zurücklassung der Beute das Weite gesucht haben. Es handelt sich um zwei Personen, scheinbar dieselben, die am 2. Ostertage einen Einbruch verübt haben.

Vom Tode des Ertrinkens gerettet

Leverkusen, 26. Juli. Der Fährmann der IG Farbenindustrie rettete einen sechsjährigen Schüler vom Tode des Ertrinkens im Rhein. Der Junge war schon 8—10 Meter von der Anlegebrücke abgetrieben, als es dem Wackeren noch gelang, den Ertrinkenden zu retten.

Betriebseinschränkungen

Immigrath, 26. Juli. Wie wir bereits kürzlich berichteten, ist einer Reihe von Angestellten des Immigrather Werkes der Firma „Kronprinz" zum 1. Oktober gekündigt worden. Vier Abteilungen des Immigrather Werks sollen zu diesem Zeitpunkt nach Ohligs verlegt werden. Nur zwei Abteilungen bleiben in Immigrath.

Ein bedauerlicher Unfall

Burg a. d. W., 26. Juli. Der Feilenhauer Ernst F., der am Samstag einer Gruppe der Burger Turngemeinde, die sich im Kugelstoßen übte, zusah, wurde das Opfer eines bedauerlichen Unfalles. Eine ausgleitende Kugel traf ihn so unglücklich in die Seite, daß er einen Beckenbruch davontrug.

Besitzwechsel

Dabringhausen, 26. Juli. Wie wir erfahren, ist die im weiteren Umkreise bekannte Gaststätte Markusmühle im Eigental vor einigen Tagen aus dem Besitz des Herrn Wiemers in das Eigentum des Herrn Architekten A. Kegel, aus Elberfeld, übergegangen.

Das Neueste

Der Ausnahmezustand aufgehoben

Durch eine Verordnung, die vom Reichspräsidenten v. Hindenburg, vom Reichskanzler v. Papen und vom Reichsinnenminister und Reichswehrminister unterzeichnet ist, wurde der Ausnahmezustand für Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg heute Mittag aufgehoben.

Das Reichsgericht hat über die Beschwerde der Schriftleitung der Bundeszeitung „Das Reichsbanner" entschieden, daß der Beschwerde nicht stattgegeben werden könne, hat jedoch die Verbotsfrist bis auf Donnerstag, den 27. Juli, begrenzt.

Auf dem Neumarkt in Köln wurde bei politischen Auseinandersetzungen in der vergangenen Nacht ein junger Mann erschossen.

Eine bei dem gestrigen Feuergefecht im Südosten Berlins schwerverletzte Frau ist heute im Krankenhause ihren Verletzungen erlegen.

Die 84 Personen, die am Sonntag in einer Wäscherei in Braunschweig sich unangemeldet versammelt hatten und festgenommen worden waren, standen gestern vor dem Schnellrichter. Nach zehnstündiger Verhandlung wurden 59 Angeklagte zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der kommunistische Provinziallandtagsabgeordnete Paul Hennig ist in Küstrin wegen Aufforderung zum Generalstreik festgenommen worden.

Der braunschweigische Innenminister hat die für heute geplante Versammlung der „Eisernen Front" verboten.

Das Bankhaus Leopold Seligmann, Köln und Koblenz, hat seine Zahlungen eingestellt.

Auf der Wasserkuppe in der Rhön ereignete sich am Montag-Abend wieder ein schwerer Unfall. Der Berliner Segelflieger Fiedler stürzte aus etwa 40 Meter Höhe ab. Die Maschine zerschellte und der Flieger trug mehrere Verletzungen davon.

Der deutsche Ozeanflieger von Gronau traf, wie aus St. Johns (Neufundland) gemeldet wird, am Montag um 22,45 Uhr MEZ in der Bucht von Cartwright an der Ostküste von Labrador ein. Damit ist sein Ozeanflug geglückt.

In Groß-Ellguth (Kreis Oels) erschlug ein Sattlermeister seine Frau, seine verheiratete Tochter und seine Pflegemutter, setzte die Wohnung in Brand und verübte darauf Selbstmord durch Erhängen. Man vermutet, daß die Tat durch eheliche Zerwürfnisse verursacht worden ist.

Die „Times begrüßt in einem Leitartikel den Beitritt Deutschlands zum Vertrauenspakt und gibt der Ansicht Ausdruck, daß dadurch eine Verständigung über die deutsche Gleichberechtigungsfrage erleichtert werde.

Das englische Schatzamt veröffentlichte am Montag-Abend eine neue Zollverordnung, die eine starke Erhöhung des Kartoffelzolles bringt. Die Verordnung tritt in der Nacht zum Donnerstag in Kraft.

Zwischen England und Irland sollen erneut Vermittlungsverhandlungen angeknüpft werden. Ein irischer Regierungsvertreter hat sich nach London begeben.

Vor seiner Abreise aus Lyon gab Herriot eine Erklärung ab, in der er sich gegen den Abrüstungsvorschlag Hoovers wendet.

Die Revolution in dem brasilianischen Staate Rio Grand do Sul ist nach einer Meldung aus Port Alegre von den Regierungstruppen vollkommen niedergeschlagen worden.

Zur Rundfunkrede Borahs

Die amerikanischen Hearst-Blätter betreiben eine scharfe Propaganda gegen Borah und seine am Sonntag in der Rundfunkrede geäußerte Botschaft, durch Streichung aller alliierten Kriegsschulden an der Erholung der Weltwirtschaft mitzuarbeiten. Borah sprach sich daher heute dahin aus, daß die öffentliche Meinung Amerikas zunächst gründlich aufgeklärt werden müsse, bevor man zu der von ihm vorgeschlagenen Weltkonferenz zusammentreten könne. Seiner Ansicht nach muß Rußland zugezogen werden, und er wiederholte, daß eine Weltwirtschaftskonferenz, die nicht die alliierten Kriegsschulden behandele ein völliger Unsinn sei. Jetzt seien die Reparationen seit Lausanne tot und mit dem Motto „Streichung der Kriegsschulden zur Erholung der Weltwirtschaft" könne man sehr wohl vor das amerikanische Volk treten.

Das Wetter von heute und morgen

Ziemlich kühl mit westlichen Winden, wechselnd wolkig, Neigung zu einzelnen Schauern.

Mädchenmord in einem Walde bei Köln

Ein 8jähriges Kind erdrosselt

Mittags gegen 13 Uhr wurde im Walde von Brueck bei Köln die Leiche eines noch unbekannten 8jährigen Mädchens gefunden. Das Kind ist erdrosselt worden. Es war von schwächlicher Gestalt, etwa 110 cm. groß und hatte hellblondes Haar, das mit einer himmelblauen Schleife zusammengehalten war. Die Mordkommission weilt am Ort des furchtbaren Verbrechens. Nähere Einzelheiten waren bisher nicht zu erfahren.

Die Ehefrau mit einer Schere erstochen

Sie war auf den Mann mit dem Messer losgegangen

Vormittags gegen 9 Uhr kam es in der Ickestraße 9 im Dortmunder Norden zwischen dem erwerbslosen Bauarbeiter Emil Prengel und seiner Ehefrau zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf der Ehemann eine Schere ergriff und seiner Frau einen Stich in die Brust beibrachte. Die Frau brach blutüberströmt zusammen und starb, ehe ihr Hilfe gebracht werden konnte. Der Täter wurde von der Polizei festgenommen.

Wie verlautet, soll die Frau öfters Umgang mit anderen Männern gehabt haben. Dem Täter wird das denkbar beste Zeugnis ausgestellt. Wie es weiter heißt, soll die Frau auf ihren Mann mit einem Messer losgegangen sein. Die Mordkommission ist noch mit der Untersuchung beschäftigt.

Rheine. Der Blitz tötet einen Landwirt. Bei einem kurzen Gewitter am Abend wurde der 25 Jahre alte Landwirtssohn Lakemeyer in der Bauernschaft Dutum vom Blitz getroffen und auf der Stelle getötet. Lakemeyer hatte das Vieh zur Weide gebracht und wollte den Rückweg antreten

Motorradfahrer mit Frau und Kind verunglückt

Der Mann gestorben — Frau und Sohn schwer verletzt

Nachmittags ereignete sich auf der Amsterdamer Straße in Düsseldorf ein schweres Verkehrsunglück. Der Spediteur Ludwig Schramm geriet mit seinem Motorrad, in dessen Beiwagen seine Frau und auf dem Sozius sein 12jähriger Sohn saßen, an den Bordstein. Er verlor die Herrschaft über die Maschine und sauste gegen einen Leitungsmast. In schwerverletztem Zustand wurden Schramm, seine Frau und sein Sohn in die Golzheimer Klinik eingeliefert. Der Mann ist dort vor der Operation gestorben, Frau und Sohn liegen schwer verletzt danieder.

Köln. Der Kölner Schlachtviehmarkt wegen Maul- und Klauenseuche gesperrt. Der Kölner Großvieh-, Kälber- und Schweinemarkt mußte wegen Ausbruchs der Maul und Klauenseuche gesperrt werden. Es wurden umfangreiche Sicherungsmaßnahmen getroffen. Der Abtrieb von Tieren wurde nur zur sofortigen Abschlachtung gestattet. Sämtliche Fahrzeuge wurden beim Verlassen der gesperrten Anlage gereinigt, und alle Besucher des Schlachthofgeländes mußten sich beim Verlassen die Schuhsohlen unter Aufsicht eines Polizeibeamten disinfizieren lassen.

Wesel. Der Etat angenommen. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde der Wesel'er Etat 1932-33 einstimmig angenommen. Dieses ist gewiß eine recht seltene Erscheinung in der heutigen Zeit, wo meistens uferlose Debatten um den Haushaltsplan gehalten werden. Die geschickte Verhandlungsart von Bürgermeister Rohl brachte es fertig, daß die Sitzung mit umfangreicher Tagesordnung in knapp einer Stunde abgewickelt werden konnte. Der Etat hat eine Endsumme von 4,3 Millionen. Das Defizit stellt sich auf 360 000 Mark.

Neueinteilung im WSV

Einen großen Vorzug hat die spielerische Einteilung der Verbandsvereine in diesem Jahre: Sie ist einfacher und übersichtlicher denn je. Man kennt nur noch drei Klassen: Bezirksliga, 1. und 2. Bezirksklasse! Die Restvereine sind in einer Anfängerklasse vereinigt, und lediglich dem Gau Oberberg hat man eine Gauklasse zugebilligt.

Der Aufbau ist pyramidenförmig. Den großen Unterbau bilden 8 Gruppen der 2. Bezirksklasse. Der Mittelbau besteht aus 4 Gruppen der 1. Bezirksklasse und die Spitze setzt sich aus zwei Bezirksliga-Gruppen zusammen.

Bei diesem klaren Aufbau regelt sich die Frage des Auf- und Abstiegs automatisch. Nach Beendigung der Meisterschaftsspiele steigen aus jeder Gruppe die zwei letzten Vertreter zur niederen Klasse ab. Dafür steigen sämtliche Gruppensieger auf. Die Frage des Auf- und Abstiegs, die sonst so viel Staub aufgewirbelt hat, ist damit auf die denkbar einfachste Weise gelöst worden, und es kann wohl damit gerechnet werden, daß das im kommenden Spieljahr erstmalig angewandte neue Spielsystem sich länger halten wird als alle früheren.

In der Bezirksliga in Berg-Mark stehen 5 bergischen Vereinen 5 Düsseldofer Mannschaften gegenüber. Man hat sich bei der Zuteilung zu den Gruppen nicht von geographischen Gründen leiten lassen, sondern die Vereine nach ihrer Spielstärke eingeteilt. Gruppe A: Schwarz-Weiß Barmen, Germania Elberfeld, Germania Küllenhahn, VfB Hilden, BV Lüttringhausen, VfL Benrath, SC 99 Düsseldorf, TuSpV Eller 04, SpVg Ratingen 04, Schwarz-Weiß Düsseldorf. Gruppe B: SSVg Barmen, SSV Elberfeld, SC Sonnborn, VfR Ohligs, FC Schwelm, Fortuna Düsseldorf, Turu Düsseldorf, BV 04 Düsseldorf, BC 05 Düsseldorf, SSV Oberkassel.

Die 1. Bezirksklasse besteht aus 4 Gruppen zu je 12 Vereinen. Die Mannschaften sind so eingeteilt, daß sie in möglichst kurzen Fahrten ihre Spielgegner erreichen können. In Gruppe 3 (Remscheid-Solingen) spielen: BV Remscheid, VfB Remscheid, SSV Remscheid, SC 09 Remscheid, VfL Lennep, SpVg Wermelskirchen, SpV Dahlhausen, BV Cronenberg, SSV Sudberg, FC Solingen 95, SpVg Solingen-Gräfrath, BV Solingen 98.

Die 2. Bezirksklasse wird aus 8 Gruppen gebildet. Im Gau Remscheid-Solingen gibt es 2 Gruppen mit 22 Vereinen.

Gruppe 1: BV Ohligs, SpV 09 Solingen, BV Schlagbaum, Adler Solingen, FC Unterhaan, VfB Merscheid, VfB Wald, BC Aufderhöhe, Grün-Weiß Solingen, TV Wald-Merscheid, Sportfreunde Reinshagen.

Gruppe 2: Germania Hasten, SpVg Goldenberg, VfR Wipperfürth, BV Burscheid, SSV Lüttringhausen-Grund, SpV Hünger, Rasensport Hückeswagen, SpVg Radevormwald, Postsportv. Remscheid, TV 1860 Wermelskirchen, Reichsbahn-TuSpV Remscheid.

In der Anfängerklasse sind im Gau Remscheid-Solingen 5 Vereine der Wipperfürther Gegend mit 2 Unterabteilungen des VfR Wipperfürth und Rasensport Hückeswagen vereinigt.

Früher das größte Segelflugzeug der Welt -



jetzt nur noch ein Trümmerhaufen: das Riesensegelflugzeug „Austria" des Segelfliegers Kronfeld stürzte bei einem Segelfluge plötzlich auf die Erde und zerschellte — der Pilot konnte sich glücklicherweise mit seinem Fallschirm retten.

Aus den Parteien

Kundgebung der NSDAP

Am Samstag, den 23. ds. Mts., sprach im Saale der Wwe. Urbahn die Gau-Frauenschaftsleiterin der NSDAP, Frau P. Siber, M.-Gladbach, über das Thema: „Die deutsche Frau — gestern — heute — morgen".

Ihre überaus interessanten Ausführungen, die durch den temperamentvollen Vortrag besonders wirkten, hielten die Zuhörer bis zum Schluß ganz in ihrem Bann. Das von ihr Gesagte sei hier in kurzen Zügen wiedergegeben und jede deutsche Frau mag es sich zu Herzen nehmen.

„Unsere Gegner schreien immer: „Die Nationalsozialisten wollen die Frauen entrechten und entehren". Recht und Ehre der Frau sind heute schon genau so gut dahin wie die des Mannes, und des ganzen Volkes. Nicht der Nationalsozialismus, sondern das System von 1918 war es, was dem deutschen Volk Recht und Ehre nahm, indem es das Volk durch den Young-Plan auf 60 Jahre hinaus versklavte. Nicht wir Nationalsozialisten, sondern die heutige Regierung trägt die Schuld am politischen Zusammenbruch und am wirtschaftlichen und seelischen Verfall unseres Volkes. Aus politischem Zusammenbruch und wirtschaftlicher Not kann ein Volk sich aufraffen, wenn es noch die geistigen Kräfte, die Kraft der Seele besitzt. Aber einem großen Teil deutscher Menschen ist die Kraft der Seele zerstört worden. Der Nat. Soz. hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, dem deutschen Volke die Seele wiederzugeben. Er will Sittlichkeit und Verantwortungsbewußtsein vor Gott und dem Volke dem Führer wieder zu eigen machen. Die 14 Jahre unseres Zusammenbruchs wären nicht nötig gewesen, wenn wir einen verantwortungsbewußten Führer gehabt hätten! Sogar dem „von Gott gesandten Heinrich Brüning", wie die Zentrumspresse so schön schreibt, fehlte dieses Verantwortungsbewußtsein und damit die Kraft zur entscheidenden Tat. Er glaubte durch lächelnde Mienen und glatte Redensarten auf zahlreichen Konferenzen Hilfe bei den Feindesmächten holen zu können. Aber von dort wird die Hilfe nie kommen. Unsere Feinde brauchen deutsche Kraft und deutschen Geist. Darum wollen sie uns als Ausbeuteobjekt haben und benutzen Bolschewismus, Marxismus und Judentum dazu, um unser Volk systematisch zu zerstören. Jüdisches Theater, Literatur und Film vergifteten die deutsche Volksseele, indem sie an die niedrigsten Instinkte im Menschen appellieren und dabei die Frau unter das Tier stellen. Dadurch raubten sie dem Volke das sittliche Recht, gaben ihm dafür das Recht der Entartung und traten seine Ehre in den Schmutz. Erst wenn durch den Nat. Soz. dem ganzen Volke Recht und Ehre wiedergegeben worden sind, kann auch Recht und Ehre der deutschen Frau wieder neu werden. Was ist denn Frauenrecht? Als die Frauenbewegung vor Jahren einsetzte, sollte sich die Frau unabhängig von ihren Familienpflichten in den Wirtschaftsapparat einreihen. Damit trat eine Familienflucht ein und das Recht der Frau auf Familie und Kind wurde umgebogen zum Recht auf den Mann. Hier muß wieder Abhilfe geschaffen werden und es muß der bürgerlichen Frauenbewegung zum Vorwurf gemacht werden, daß sie sich nicht dafür einsetzt. Sie spricht von einem Recht der Frau inbezug auf Geist, Wissen, Berufstätigkeit und Gleichheit im Beruf mit dem Manne, aber dabei sieht sie auf die Frau, die nur Frau und Mutter sein will, herab. Im Nat. Soz. aber wird die Frau und Mutter immer an erster Stelle stehen, was in Adolf Hitlers Worten zum Ausdruck kommt: „Das erste Denkmal, das der Nat. Soz. setzen wird, gilt der Frau und Mutter des S-A-Mannes!" Wer weiß, was es heißt, zu Hause zu sein und in der Stille zu opfern, hat das Frauenwesen, das unser Volkstum braucht, richtig erkannt. Der Nat. Soz. will wieder eine Frau schaffen, die mit dem ganzen Volke fühlt, sich als Glied eines Ganzen weiß und Arbeiterin des Volkes ist, sei es als Mutter oder als Schafferin am Volksganzen".

Dann wandte sich Frau Siber scharf gegen die Wahllügen der Gegner. „Mit der heutigen Regierung haben wir nichts zu schaffen. Wir haben nicht Hindenburg gewählt, sondern Zentrum und SPD taten dies. Hindenburg hat das Kabinett Papen gebildet — nicht Adolf Hitler. Nicht Hitler sondern Herr von Papen hat die letzte Notverordnung herausgebracht. Witwen und Rentenempfängerinnen sei es gesagt: „Der Nat. Soz. sichert euch eure Renten, die das heutige System in der brutalsten Weise gekürzt hat. Er allein gibt euch die Gewähr für einen ruhigen Lebensabend. Es ist auch nicht wahr, daß der Nat. Soz. die berufstätigen Frauen von ihren Posten entfernen will. Aber er will die Frau zu ihrem eigentlichen Beruf als Frau und Mutter wieder zurückführen. Die Frauen, die nicht zur Ehe kommen, benötigen wir zur Aufbauarbeit am Volke. Wir brauchen Lehrerinnen, Erzieherinnen und Forsorgerinnen. Es wird immer Not im Volke geben und dafür brauchen wir mütterlich gesinnte Frauen, die in sozialen Berufen, als Krankenschwester, Aerztin, Sozialbeamtin oder Richterin dem Volke dienen wollen. Wir schließen niemanden aus, jeder hat ein Recht auf Arbeit. Darum ist es Zeit, daß sich die deutsche Frau für unsere Bewegung entscheidet. Sie allein hat es fertig gebracht, abseits von Zersetzung und Verfall 15 Millionen Menschen sittliche Kraft und den Gottesglauben wiederzugeben, deutsche Menschen aus allen Schichten einig zu führen und zusammenzuschließen in der Liebe zur Heimat. Darum haben wir vor Gott und unserm Gewissen das Recht und die heilige Pflicht, dieser Bewegung, die die beste, die stärkste und die sittlich hochstehendste ist, und von der wir überzeugt sind, daß sie dem deutschen Volke helfen wird, am 31. Juli zum Siege zu verhelfen".

NSDAP Ortsgruppe Burscheid.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. „Unterhaltungsbeilage"

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.

Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.



KARNER DER DIKTATOR

VON WOLFGANG MARKEN

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU·SA

Karner hatte den Warnruf direkt vom Sender Davendry gehört, der von London die Uebertragung empfing.

Er hörte die Rede des englischen Außenministers, und wurde Ohrenzeuge der Warnung Maxim Donells.

Das Telephon klingelte. Karmasoff war es, der sich aufgeregt meldete.

„Herr Karner, haben Sie den Warnruf gehört?"

„Ich habe ihn gehört! Heute nacht noch reise ich mit dem Flugzeug nach Karnerstadt. Seien Sie ohne Sorge, Karmasoff. Das Werk ist geschützt. Ich hole die Flugzeuge herunter."

„Mir fällt ein Stein vom Herzen! Hoffentlich gelingt es Maxim Donell, England zu verlassen!"

„Ich sorge mich nicht um ihn, Karmasoff. Er wird einen Ausweg finden."

* * *

Als Karner nach dem Flugplatz fuhr, fand er halb Moskau auf den Beinen. Der Flugplatz war von einer gewaltigen Menschenmenge umsäumt.

Die Menschen jubelten ihm zu.

Die Mechaniker waren um das Flugzeug beschäftigt.

„Nehmen Sie sich Zeit!" sagte Karner. „In fünf Stunden bin ich in Karnerstadt."

Nach einer Viertelstunde rollte das Flugzeug. Nach kurzem Anlauf erhob es sich vom Boden und raste dem Ural zu.

Karner kam nachts um zwei Uhr in Karnerstadt an.

Das ganze Werk erschien in Aufruhr.

„Wir müssen die Urmaschine umschalten, Karsavari!" sagte Karner ruhig.

„Ich habe es bereits getan, als Sie landeten, Meister!"

Karner nickte befriedigt.

„Es ist gut, Karsavari! Mein Kommen war im Grunde genommen nicht nötig, aber ich will mit den Männern, die sich zu der verbrecherischen Tat hergaben, sprechen. Ich will wissen, ob Englands Regierung dahintersteckt."

* * *

Maxim Donell betrat das Weinlokal.

Er fand Mao-Saad mit dem Perser beschäftigt. Unauffällig knüpfte Donell, der sich als Attaché Herve der französischen Gesandtschaft ausgab, mit dem Perser ein Gespräch an.

Schezir-Bey, der die englische Sprache mangelhaft sprach, die französische aber vollkommen beherrschte, war sehr erfreut und unterhielt sich angeregt mit Donell.

Ganz überglücklich war er, als sich Donell plötzlich der persischen Sprache bediente und erzählte, daß er vorübergehend der französischen Gesandtschaft in Teheran beigeordnet sei.

Sie wurden binnen einer halben Stunde die besten Freunde. Maxim brachte den betrunkenen Perser dann in das Hotel.

* * *

Sir Caine war aufs heftigste erschrocken, als er von dem Warnruf an Karner hörte. Er ließ sich mit Ramsay verbinden und erfuhr von ihm, daß Kapitän Mok nach Kiukärren unterwegs war, um die Flieger zurückzuhalten.

Dieser Umstand ließ ihn hoffen, daß die Angelegenheit noch eine befriedigende Lösung fände. Er entschloß sich daher, in der Nacht noch seine Reise nach Genf anzutreten.

Als er auf dem Londoner Flugplatz ankam, stand das bestellte Flugzeug, eine der modernsten Riesenmaschinen, schon zum Abflug bereit. Ein Orientale mit dem Fez drängte sich an ihn heran. Der Premier erkannte ihn. Es war der Völkerbundsdelegierte Persiens, Schezir-Bey.

„Sir, wollen Sie auch nach Genf fahren?" fragte Sir Caine in französischer Sprache, denn er wußte, daß Schezir-Bey das Englische schlecht beherrschte.

Schezir-Bey nickte und sagte sehr aufgeregt: „Ich will sehen, Sir, aber . . . man verweigert es mir. Es ist eine Order da, daß vorläufig kein Flugzeug außer dem Regierungsflugzeug England verlassen dürfe."

„Das ist wohl richtig. Maxim Donell, Englands schärfster Feind, ist auf englischem Boden. Wir wollen vermeiden, daß er das Land verläßt."

Eifrig nickte der Perser. „Gewiß, Sir. Aber ich bin nicht Maxim Donell. Wenn Sie die Güte haben würden, Sir, mich zu legitimieren. Hier sind meine Papiere."

Der Premier wehrte liebenswürdig ab. „Aber ich bitte, Sir, ich kenne Sie genau. Darf ich Sie einladen, mit mir zusammen nach Genf zu reisen? Ich bürge für Sie."

Der Perser strahlte über das ganze Gesicht. „Sie sind sehr liebenswürdig, Sir Caine."

So fuhr der Perser als Gast des englischen Premierministers nach Genf.

Die beiden Herren unterhielten sich sehr angeregt, und Sir Caine staunte über das kluge Urteil des persischen Delegierten. Von solcher Seite hatte er den Orientalen noch nie kennengelernt.

Als sie in Genf anlangten — es war früh um sechs Uhr — hatte Sir Caine das Gefühl, etwas zur Besserung der englisch-persischen Verhältnisse getan zu haben.

Liebenswürdig lächelnd verabschiedete sich Schezir-Bey.

Wenn Sir Caine genauer hingesehen, so hätte er bemerkt, daß in dem Lächeln etwas wie Spott und Schadenfreude lag.

* * *

Kapitän Mok war mit der schnellsten und raschsten englischen Luftmaschine nach Kiukärren geflogen.

Sir Ramsay hatte sofort Depeschen nach Kiukärren geschickt. Aber weder diese Depeschen noch Kapitän Mok erreichten die Flugzeuge. Die hatten sich im Nebel verflogen.

Als sie am frühen Morgen wieder freie Sicht hatten, sahen sie, daß sie unweit der Küste über dem Meer flogen.

Sie nahmen Kurs nach der Küste.

Was tun?

In Kiukärren wollten sie neuen Brennstoff aufnehmen. Wo war das möglich?

Sie fuhren über das Land.

Bald sahen sie ein Fischerdorf und weiter im Lande eine kleine Stadt.

Der Führer der kleinen Luftflotte gab Befehl zur Landung. Die gelang ausgezeichnet auf den Feldern vor der Stadt.

Es war die finnische Stadt Jörfunnen.

Die Flieger begaben sich in die Stadt, durch die anscheinend eine Autostraße führte.

Verwundert sah man die Flieger an. Aufregung bemächtigte sich der Bevölkerung. Ein Polizist wandte sich an die Flieger, und sie erklärten ihm, daß sie sich verirrt hätten. Sie seien auf einer Weltreise begriffen und hätten Kiukärren, wo sie neuen Brennstoff einnehmen wollten, nicht erreicht. Sie erkundigten sich, ob sie in Jörfunnen neuen Brennstoff einnehmen könnten.

Der Polizist bejahte.

Die Flieger atmeten auf, und binnen einer Stunde waren alle Tanks gefüllt. Der „Weltreise" stand nichts im Wege.

Früh um sechs Uhr stiegen sie wieder auf. Der Start klappte auf den harten Feldern ausgezeichnet.

Sie fuhren über Rußland und nahmen Kurs auf Ural.

Im Führerflugzeug saß Stake, der Vertrauensmann Ramsays, der die Lage von Karnerstadt genau kannte.

Die Berge des Ural wurden sichtbar, und die Luftflotte schwenkte nach Süden.

Aufregung bemächtigte sich der Besatzung der Luftflotte.

Karnerstadt mit seinen mächtigen Hallen kam bald in Sicht.

Still lag die Stadt.

Die kleine Luftflotte hatte Karnerstadt erreicht, als das Entsetzliche geschah, das die Herzen der Besatzung erstarren ließ . . . mit einem Male setzten die Motore aus.

Er war ihnen, als ob eine unheimliche Kraft sie lähme.

Da kam ihnen zum Bewußtsein: Karners gigantisches Werk, seine Urkraft triumphierte.

Die Flugzeuge gingen im Gleitflug nieder und landeten, ohne daß sie zu Schaden kamen.

Die Besatzung sprang entsetzt aus den Flugzeugen, bis sie zusammenbrachen.

* * *

Als die Flieger die Augen wieder aufschlugen, waren sie in einem großen Saal, der mit wundervollen Malereien geschmückt war. Der Raum wirkte weit in seiner Lichtheit.

Benommen sahen sich die Männer an.

Einer nach dem anderen richtete sich auf.

„Was . . . ist mit uns geschehen?" stöhnte der Chefpilot Kalle und starrte Stake, der dumpf vor sich hinbrütete, an.

Stake hob mühsam die Lider seiner grauen Augen und zuckte mit den Achseln.

„Karner . . . ah . . . . er ist mächtig! Er wird Englands Weltreich zerschlagen!"

Plötzlich öffnete sich die Tür, und ein Inder in weißem Gewande erschien.

Er sagte in englischer Sprache: „Bitte, folgen Sie mir, meine Herren."

Sie sahen sich an, dann setzten sie sich in Bewegung und verließen mit dem Inder den Raum.

Es ging einen langen Gang entlang und in einen zweiten Saal. In diesem standen Tische, die mit Speisen bedeckt waren.

„Herr Karner läßt Sie bitten, sich zu stärken," sagte der Inder und verließ den Raum.

Die Männer standen unschlüssig. Wollte man sie vergiften? Was hatte das alles zu bedeuten?

Schließlich nahmen sie doch Platz und entschlossen sich, zu essen, da sie hungrig wie die Wölfe waren.

Es schmeckte ihnen so gut, wie es bei der seelischen Depression möglich war.

Dann warteten sie, und das Warten war furchtbar.

Endlich kam er.

„Guten Morgen, meine Herren," sagte Karner ruhig.

Sie erwiderten gedrückt den Gruß.

Karner trat näher. „Bitte, behalten Sie Platz, meine Herren. Ich habe mit Ihnen zu reden."

Unerschrocken nahm er bei ihnen Platz.

Seine durchdringenden Augen schweiften über die finsteren Gesichter der Männer.

„Meine Herren," begann Karner, „sie sind zu mir gekommen mit der Absicht, im Namen Englands mein Werk zu vernichten. Aber mein Werk ist geschützt. Auch wenn mich Maxim Donell nicht gewarnt hätte, hätten Sie nicht viel Schaden anrichten können."

Die Männer erzitterten unter den ruhigen Worten.

„Wenn ich Sie ansehe, meine Herren, dann scheint es mir, als ob sich nicht die Schlechtesten der englischen Nation zu dem Mordwerke hergegeben hätten. Ich will Ihnen etwas von meinem Werke, von meiner Urkraft erzählen. Sie sollen erfahren, was sie vermag . . und was Karner will."

Die Männer hörten widerstrebend Karners Ausführungen an. Aber allmählich gerieten sie in Aufregung. Sie kamen sich mit einem Male so entsetzlich klein neben dem Manne vor. Sie erschraken, als sie aus seinem Munde hörten, wie ungeheuer die Kraft war, und daß er mit ihr schier alles vermochte.

Dann sprach Karner von seinem Werke.

Einen gigantischen Plan enthüllte er vor ihnen, der ihnen, ob sie wollten oder nicht, Hochachtung, Bewunderung abnötigte.

„Ich könnte die ganze Welt umstellen, ich könnte mit meiner Erfindung einen Sprung machen, der die Welt um tausende von Jahren vorwärtsbringt. Aber dieser Sprung wäre nicht von Nutzen für die Menschheit. Deshalb habe ich mir Grenzen gesteckt. Ich will die Welt frei machen, will die Welt überzeugen, daß es nur ein Evangelium gibt: Die Arbeit. Ich erwarte, daß England zur Einsicht kommt. Ihr Vaterland muß sich damit abfinden, daß die Weltgeschichte in eine neue Aera eintritt."

Karner erhob sich.

„Ihrer Heimreise steht nichts im Wege. Ich habe mir erlaubt, Ihre Gift- und Explosivbomben wegzunehmen. Sie sind vernichtet. Die Tanks Ihrer Flugzeuge sind gefüllt. Meine Mechaniker haben alle Flugzeuge nachgesehen. Sie sind in Ordnung. Reisen Sie ab, meine Herren!"

Karner verbeugte sich leicht und verließ den Saal.

Die Flieger sahen sich verstört an. Karner . unternahm nichts gegen sie, die ihn und sein Werk vernichten wollten?

Sie konnten es nicht glauben, aber der Inder erschien wieder.

„Bitte, folgen Sie mir, meine Herren."

Sie fanden die Flugzeuge startbereit vor Karnerstadt stehen.

Der Chefpilot senkte den Blick und preßte die Fäuste an die Brust und sagte aufstöhnend zu den Kameraden: „Ich . . . schäme mich! Ich . . . schäme mich!"

Seinen Genossen ging es nicht anders.

Sie bestiegen die Flugzeuge. Eins nach dem anderen schraubte sich in die Luft, und bald waren nur noch einige Punkte weit, weit am Horizont zu entdecken.

* * *

Der Völkerbund tagte.

Verschiedene laufende Anträge wurden erledigt. Der Völkerbund stand unter dem Zeichen einer großen Aufregung, denn die Delegierten wußten von dem Flug, der gegen Karnerstadt unternommen worden war.

Gespannt warteten sie auf die neuen Meldungen.

Und vormittag um elf Uhr kam die Meldung aus Rußland: „Zwölf Flugzeuge der englischen Regierung beabsichtigten, Karnerstadt durch Gift- und Explosivbomben zu vernichten. Herr Karner zwang sie einen Kilometer vor Karnerstadt zur Landung. Nach erfolgter Aussprache mit den Fliegern und Wegnahme der Bomben entließ Herr Karner die Flieger. Sie stiegen viertel vor zehn Uhr zum Flug nach England auf."

Die Delegierten waren in stärkster Aufregung. Bestürzung und Entsetzen war auf der einen, Freude und Jubel auf der anderen Seite.

Sir Caine konnte sich vor Aufregung kaum aufrecht halten.

Er schrak zusammen, als plötzlich der persische Delegierte Schezir-Bey aufstand und mit lautschallender Stimme in den Saal rief: „Was sagt der Völkerbund zu Englands Handlungsweise?"

Still wurde es im Saal. Aller Augen richteten sich auf Sir Caine, der mühsam nach Fassung rang.

Sir Caine erhob sich unter der stärksten Spannung der Delegierten und sagte: „Im Namen der englischen Regierung kann ich dem Völkerbund die Zusicherung geben, daß die Regierung von dem eigenmächtigen Vorgehen englischer Flieger gegen Herrn Karner nichts weiß. Sie mißbilligt die Handlungsweise aufs schärfste und wird mit unnachsichtlicher Strenge vorgehen, um die Schuldigen zu strafen."

Ein Teil der Delegierten brach in lärmende Rufe aus.

Der Perser hatte sich wieder erhoben. „Die Erklärung Sir Caines entspricht nicht der Wahrheit. Die Aktion gegen Karner wurde von Sir Ramsay, dem Staatssekretär für den Geheimdienst, der ein persönlicher Freund Sir Caines ist, unternommen. Sir Caine billigte die Aktion."

Diese Erklärung war eine Sensation.

Sir Caine starrte den Sprecher an, dann setzte er eine überlegene, spöttische Miene auf und sagte unter der atemlosen Spannung der Völkerbunddelegierten, der Journalisten und Tribünenbesucher: „Ich bitte den Delegierten Persiens, Herrn Schezir-Bey, sich auszusprechen. Woher, Herr Schezir-Bey, haben Sie Ihre Informationen, die so jenseits der Wahrheit gehen?"

„Sie irren, Sir Caine!" sagte Maxim Donell. „Ich . . . bin nicht Schezir-Bey, ich bin . . . Maxim Donell."

Er riß sich den Vollbart vom Gesicht.

Die Delegierten sprangen in höchster Erregung auf. Auf der Tribüne schrie das Publikum vor Ueberraschung.

Sir Caine war blaß geworden.

Er war ganz benommen, da er erkannte, daß er, der Premier von England selber, dem gefährlichsten Feinde Englands aus dem Lande geholfen hatte.

„Maxim Donell, Karners Spion, hat unter den Delegierten nichts zu suchen! Verlassen Sie den Saal!" rief Sir Caine schrill.

Donell reckte sich.

„Ich gehe, Sir Caine. Aber die Schande Englands, das heimtückisch den größten Erfinder der Welt, den größten Menschen wegräumen wollte, sie bleibt im Raume."

Mit tiefem Ernst waren diese Worte gesprochen.

Die Zuhörer auf den Tribünen hielten den Atem an.

Maxim Donell schritt den Gang entlang, um den Saal zu verlassen.

Plötzlich krachte ein Schuß. Das Haus schrie auf.

Er war von den Plätzen der italienischen Delegation gekommen.

Die Kugel hatte ihr Ziel verfehlt. Maxim Donell stand aufrecht in der Tür.

Voll Hohn schrie er in den Saal: „Die Völkerbundsversammlung steht unter dem Zeichen der Völkerbundsversöhnung. Er hat den Mord als Genossen erwählt."

Maxim Donell verließ den Völkerbundskongreß.

Die Deligierten Amerikas, Japans und Chinas diskutierten aufgeregt miteinander. Sie waren voll tiefer Empörung.

Doch es kam zu keiner Diskussion. Denn Sir Caine beantragte die Vertagung der Sitzung.

Und der Antrag ging mit großer Mehrheit durch.

* * *

Sir Ramsay erfuhr vom Mißlingen der Aktion.

Als Mok, der am Abend zurückkam, ihn wiedersah, erschrak er, denn Sir Ramsay sah um Jahre gealtert aus.

„Unsere eigene Waffe von einst kehrt sich gegen uns. Dieser Maxim Donell ist fürchterlich," sagte Mok.

Ramsay nickte stumpf.

„Was gedenken Sie zu tun, Sir?"

„Nichts!" entgegnete Ramsay.

„Haben Sie Ordern für mich, Sir?"

Ramsay schüttelte den Kopf. „Nein! Ich lasse Sie rufen, wenn ich mir klar geworden bin, Kapitän."